PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 60 Juni 2026

PRODUKTION VON ON-SPORTSCHUHEN

Erfolg im Arbeitskampf in indonesischer Fabrik

Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?
Herzlichen Dank!
Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.
publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?
Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.
publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?
Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.
publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION
Romeo Regenass (D) und Karine Pfenniger (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

COVER
Muhammad Fadli/Panos

DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE
D: 26 500 Ex. / F: 9800 Ex.

ISSN
2504-1266

KONTAKT
Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint 6-mal jährlich, davon einmal als Jahresbericht, in Deutsch und Französisch.

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

Existenzlöhne in der Schuhfabrikation? Dream On.

Woran erkennt man Herrn und Frau Bünzli an einem x-beliebigen Flughafen auf der Welt? So lautete eine beliebte Scherzfrage vor einigen Jahren. Antwort: an den farblich auf die Funktionsjacken abgestimmten On-Schuhen.

Diese Zeiten sind vorbei. Die von Roger Federer geboostete Zürcher Firma ist längst im globalen Sportschuhgeschäft angekommen. Am meisten verkauft sich On heute in den USA, auch in Asien boomt die Marke.

Ein wichtiger Teil des Erfolgskonzepts: Swissness. Seit März dieses Jahres und einem gewonnenen Streit mit dem Institut für Geistiges Eigentum darf On ihre Schuhe auch hierzulande mit einem Schweizerfähnchen versehen. Ein solches schmückt auch das Modell «Cloudsurfer Next», das ich nach Indonesien mitgenommen habe. Zudem ist auf dem Schuh der Schriftzug «Swiss Engineering» zu lesen.

Ehrlicher wäre, den Schuh würde ein Indonesien-Fähnchen zieren. Man müsste auch gar nicht so viel ändern: unten weiss, oben rot, einfach ohne das Kreuz. Denn die Schuhingenieure mögen im Zürcher Kreis 5 sitzen – ohne Arbeiter*innen wie Tita und Suryana, die ich in Indonesien getroffen habe, gäbe es keinen einzigen On-Schuh. Für sie trifft der On-Slogan «Dream On», also «Träum weiter», auf zynische Weise zu: Sie werden kaum je Teil der hippen, globalen On-Runner-Community werden. Ein einziges Paar der von ihnen hergestellten Schuhe würde sie nahezu einen Monatslohn kosten.

Insbesondere bei den Sublieferanten, also den Fabriken, die Teile der Produktion für direkte Zulieferer von On und anderen globalen Sportmarkenfirmen übernehmen, reichen die Löhne kaum zum Leben und werden oft selbst minimale Arbeitsrechte ignoriert. Deshalb braucht es mutige Arbeiter*innen, die Gewerkschaften gründen und für diese Rechte kämpfen – Menschen wie Tita und Suryana.

Bis sie und ihre Kolleg*innen existenzsichernde Löhne verdienen, ist es noch ein weiter Weg. Doch ihre Geschichte zeigt: Veränderung ist möglich, wenn Arbeiter*innen Unterstützung finden und Firmen wie On beginnen, Verantwortung für die Zustände in den Fabriken entlang ihrer gesamten Lieferkette zu übernehmen – und Swissness dereinst nicht nur für tolles Engineering steht, sondern auch für faire Arbeitsbedingungen für alle, die zum Millionenprofit des Zürcher Unternehmens beitragen.

Florian Blumer, Recherchen und Reportagen

Globale Gerechtigkeit
beginnt bei uns.

Public Eye

04 **Laufschuhe von On: Lifestyle für die einen, zu wenig zum Leben für die andern**

Eine Schuhfabrik in Indonesien, die auch für die Schweizer Marke On produziert, hat Arbeitsrechte verletzt. Auf Proteste der Arbeiter*innen reagierte das Werk mit einer Massenentlassung. Nun hat eine Gewerkschaft mit Unterstützung der von Public Eye mitgetragenen Clean Clothes Campaign (CCC) einen grossen Sieg errungen. Doch wie ein Besuch vor Ort zeigte, gibt es noch viel zu tun: So verdienen die Arbeiter*innen kaum genug zum Leben.

16 **Spottbillige T-Shirts – und wer den Preis dafür bezahlt**

Im Einkauf in Bangladesch bezahlen grosse Modemarken heute für ein Kilo Baumwoll-T-Shirts im Durchschnitt 12 US-Dollar oder 2 bis 3 US-Dollar pro Stück. Bereinigt um die Teuerung sind die Preise im Einkauf seit 2001 sogar um über 50 % gesunken. Die extrem niedrigen Einkaufspreise setzen die Lieferanten in den Produktionsländern unter Druck und zementieren die Hungerlöhne der Branche.

20 **Wer verdient an Chiquita-Bananen wie viel – und was hat die Schweiz damit zu tun?**

Im April-Magazin haben wir über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen von Chiquita in Guatemala berichtet. Vom Verkaufspreis einer Banane gehen an sie gerade mal 7 %. Mit 47 % kassieren die in der Schweiz ansässigen Konzerne den weitaus grösseren Anteil.

26 **Wo Glencore die Gesundheit von Kindern mit Füssen tritt**

In einer Kleinstadt in Kanada stösst eine Schmelzhütte des Zuger Konzerns seit Jahrzehnten zu viel Arsen aus. Darunter leiden vor allem Kinder. Glencore und die Behörden spielen die Belastung lange herunter, dann will Glencore investieren, um weniger Arsen auszustossen. Nun wurden diese Investitionen von Glencore sistiert. Dafür werden 82 Häuser abgerissen, 200 Familien müssen umziehen.

31 **Konzernverantwortung: Nein zum Gegenvorschlag**

Der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Konzernverantwortungsinitiative greift zu kurz. Die Rohstoffbranche als zentraler Risikosektor in der Schweiz wird ungenügend erfasst. Gemeinsam mit der Koalition für Konzernverantwortung hat Public Eye nun einen offenen Brief an den Bundesrat lanciert.

33 **In Afrika bleibt Doppelmoral von Nestlé unter Beschuss**

Im Nachgang zu unserer Recherche zum Zuckerzusatz in der Babynahrung von Nestlé vom November 2025 pocht die Zivilgesellschaft in Afrika auf das Recht aller Babys auf eine gesunde Ernährung – unabhängig von ihrer Hautfarbe.

Teure Schuhe, billige Arbeitskräfte und eine hartnäckige Gewerkschaft

In einer Schuhfabrik, die auch für die Schweizer Erfolgsmarke On produziert, hat eine indonesische Gewerkschaft mit Unterstützung der von Public Eye mitgetragenen Clean Clothes Campaign (CCC) einen grossen Sieg errungen: Ein Jahr nach der Entlassung aller Mitglieder der Gewerkschaft durch die Fabrik stellte diese sie wieder ein. Es ist ein einsamer Lichtblick in einem Umfeld, das geprägt ist von Verletzungen des Arbeitsrechts und Löhnen, die kaum zum Leben reichen.

FLORIAN BLUMER UNTER MITARBEIT VON **DAVID HACHFELD**, FOTOS: **MUHAMMAD FADLI/PANOS**

Als ich hörte, dass die Kündigungen rückgängig gemacht werden, musste ich weinen.» Der 30-jährige Suryana[1], ist Schuharbeiter aus Cirebon auf der indonesischen Insel Java, Sekretär der lokalen Gewerkschaft SBDI-KASBI und Vater einer eineinhalbjährigen Tochter. Elf Monate ist er zu diesem Zeitpunkt schon ohne festen Lohn. Die Schwiegereltern, bei denen die junge Familie wohnt, unterstützen sie, damit sie das Nötigste fürs Leben hat.

Es ist Montag, der 6. April 2026, als Suryana dies erzählt. Er sitzt auf einem Plastikstuhl vor dem Café neben dem Eingang der Fabrik Yihong. Es ist ein besonderer Moment: Nachdem die ersten 40 entlassenen Gewerkschafter*innen eineinhalb Monate zuvor wiedereingestellt wurden, kehren heute die letzten 24 an ihre Arbeitsplätze zurück.

Kurz nach 7 Uhr morgens treffen die ersten Arbeiter*innen mit ihren Motorrollern vor dem Fabriktor ein. Rund ein Dutzend von ihnen sitzen oder stehen vor dem Café, alle in weinroten Shirts, auf denen vorne das Gewerkschaftslogo mit gelbem Stern prangt. Hinten steht in grossen Lettern über zwei gegeneinanderstossenden Fäusten: «Lawan Union Busting», «Stop Union Busting» – der Begriff steht für das Bekämpfen und Zerschlagen von Gewerkschaften. Der Stolz auf das Erreichte und die Erleichterung und Freude darüber sind beinahe mit Händen zu greifen. Punkt 7.30 Uhr schieben Wachleute das schwere Eisentor auf, die Arbeiter*innen strömen in die Fabrik.

Dass es so weit gekommen ist, dass sie nun wieder an den Maschinen der Schuhfabrik stehen, hat kaum jemand von ihnen mehr für möglich gehalten. Auch Syarip Aripin sagt im Gespräch, dass ihm kein anderer derartiger Fall bekannt ist. Syarip ist Experte bei der indonesischen Organisation Lips, die Studien zu Themen rund um Arbeiter*innenrechte publiziert und sich auf politischer Ebene dafür einsetzt. Alles andere als unüblich sei jedoch, so der Wissenschaftler weiter, wie Yihong reagiert habe, als sich Anfang 2025 die Gewerkschaft zu formieren begann.

Yihong ist in chinesischem Besitz, wie viele andere Bekleidungs- und Schuhfabriken im Land. Der riesige Betrieb ist ein Zulieferer für noch grössere Fabriken, die direkt für die grossen Sportmarken dieser Welt produzieren. In diesem Fall sind es Brooks, New Balance, Under Armour, Asics – und auch der schweizerische Senkrechtstarter On. Zusammengesetzt werden die Laufschuhe beim direkten On-Zulieferer Long Rich. Der Sublieferant Yihong ist spezialisiert auf aufwendige Aufdrucke und Färbprozesse, für die es besondere Maschinen und Fertigkeiten braucht.

Schweizerkreuz und Swiss Engineering

Suryanas Aufgabe ist das manuelle Anbringen von Aufdrucken, dazu gehört auch der Schriftzug «Swiss Engineering» auf Schuhen der Marke On. Er ist genauso made in Indonesia wie das Schweizerkreuzchen, das, seit On im März dieses Jahres den Streit mit dem Institut für Geistiges Eigentum gewonnen hat, auch die in der Schweiz verkauften Schuhe zieren darf. Das Geschäft läuft, und wie: Im Geschäftsjahr 2025, in dem On ihr 15-jähriges Bestehen feierte, wuchs der Umsatz um sagenhafte 36 % auf erstmals über 3 Milliarden Franken.

Made in Switzerland sind dabei zwar das Design und – vielleicht noch wichtiger – das Marketing. Die Schuhe selbst aber werden von Arbeiter*innen in Asien hergestellt – meist zu Monatslöhnen, die in etwa dem entsprechen, was ein einzelnes Paar der Schuhe bei uns kostet. Kein Wunder: Von den rund 200 Franken für ein durchschnittliches Modell gehen gerade mal 20 bis 25 Franken an die Firma, die den Schuh produziert. Die exorbitante Marge beschert den Besitzer*innen Millionengewinne – und den Arbeiter*innen ein Leben am Existenzminimum.

Über 50 % arbeiteten ohne schriftlichen Vertrag

Alles begann Ende Januar 2025. Seit drei Jahren ist die Fabrik Yihong in Cirebon zu diesem Zeitpunkt in Betrieb, und die Unzufriedenheit unter den Arbeiter*innen wächst. Die Klagen reichen von Belästigungen durch Aufseher bis zu unbezahlten Überstunden. Über die Hälfte der Belegschaft arbeitet ohne schriftlichen Vertrag.

Das Verweigern gesetzlich vorgesehener Kurzarbeitsentschädigungen ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Zusammen mit Kolleg*innen meldet Suryana die Verfehlungen dem Arbeitsinspektorat. Wenige Tage darauf gründen sie die SBDI als Ableger der nationalen Gewerkschaft KASBI.

Das Fabrikmanagement reagiert umgehend, so, wie es in Indonesien oft geschieht: Angestellte werden gedrängt, sich einer eilig gegründeten firmengesteuerten Gewerkschaft anzuschliessen. In mehreren Wellen werden Arbeiter*innen entlassen, die sich weigern, ihre Mitgliedschaft bei SBDI-KASBI zu kündigen. Anfang März spitzt sich die Lage zu. Nachdem Suryana, dem Vorsitzenden Krisma und einem weiteren leitenden Mitglied von SBDI-KASBI gekündigt wurde, kommt es in der Fabrik zu spontanem Protest.

Am Morgen des 10. März stehen die Arbeiter*innen vor einem verschlossenen Fabriktor. Daran angeschlagen finden sie eine Liste. Sie enthält die Namen aller 1126 Angestellten des Betriebs, alle sollen entlassen werden. Tags darauf erklären die Besitzer, dass sie die Fabrik schliessen mussten: Aufgrund eines «illegalen

[1] Auf Java haben die Menschen in der Regel keine Familiennamen, sondern nur einen oder mehrere Vornamen.

Der lang ersehnte Tag: Am frühen Morgen des 6. April warten Arbeiter*innen in Gewerkschafts-T-Shirts vor dem Eingang der Fabrik Yihong darauf, nach einem Jahr ihre Arbeit wiederaufzunehmen.

Gewerkschaftssekretär Suryana erklärt, wie er die Schriftzüge auf dem On-Schuh «Cloudrunner Next» anbringt.

Dank der Gewerkschaft profitieren alle von besseren Arbeitsbedingungen: Maschinenbedienerin beim Sublieferanten Yihong.

Streiks» seien Aufträge storniert worden. Übereinstimmenden Schilderungen von Arbeiter*innen zufolge lief die Produktion jedoch in reduziertem Umfang weiter, mit auswärtigen Arbeitskräften, die in Lastwagen zur Fabrik gebracht wurden.

Social-Media-Kampagne gegen die Arbeiter*innen

In der Folge sehen sich die Entlassenen mit einer Social-Media-Kampagne konfrontiert, wie man sie in Indonesien nur aus der Politik kannte. In einer offensichtlich konzertierten Aktion posten Influencer*innen Beiträge, die das Narrativ der Firmenleitung verbreiten: Die entlassenen Gewerkschafter*innen seien schuld daran, dass die Firma schliessen musste.

In den Medien werden die Gewerkschaftsmitglieder und entlassenen Arbeiter*innen von Yihong als Unruhestifter*innen dargestellt, die leichtsinnig die Wirtschaft der Region schwächen. Die Darstellung fällt auf fruchtbaren Boden. Denn die Region Cirebon, drei bis vier Autostunden östlich der Hauptstadt und Wirtschaftsmetropole Jakarta gelegen, zählt zu den sogenannten neuen Industriegebieten. Hier, im Zentrum und Osten von Java, betreiben die Regierung Indonesiens und die lokalen Behörden aktive Standortförderung mit dem Ziel, exportorientierte Industriebetriebe anzusiedeln.

Es ist ein neues Kapitel in der Geschichte, die in den späten 70er- und frühen 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts in Jakarta ihren Anfang nahm. Der indonesische Langzeitherrscher Suharto lancierte damals eine Politik der Ansiedlung exportorientierter Betriebe; ein Hauptanreiz waren niedrige Lohnkosten. Anfang der Nullerjahre, als die Bodenpreise und Löhne aufgrund der Entwicklung gestiegen waren, begann die Phase der Verlagerung: Entlang der Autobahn, die von Jakarta aus nach Osten führt, wurden in landwirtschaftlich geprägten Regionen neue Industriezonen geschaffen.

Die Entwicklung hatte und hat dramatische Folgen, wie das Gewerkschaftsbündnis Asia Floor Wage Alliance (AFWA) in einer Studie eindrücklich beschreibt: Die Arbeitslosigkeit in den alten Regionen treibt Frauen in die Prostitution, Familien werden auseinandergerissen, Kinder sich selbst überlassen. Suryana appelliert eindringlich an die Verantwortung der Markenfirmen, die in Cirebon produzieren lassen: «Die Industrie verdrängt die Landwirtschaft und die Fischerei, von der die Menschen hier bisher gelebt haben. Ziehen die Firmen weiter, haben wir kaum mehr etwas, wovon wir leben können.»

In den neuen Industriegebieten lässt auch On seit 2023 Schuhe produzieren. Vietnam ist zwar weiterhin das wichtigste Produktionsland der Marke, unterdessen erfolgen aber bereits rund 10 % der Schuhproduktion in Indonesien. Der Inselstaat ist für internationale Marken attraktiv: Im Gegensatz zu Vietnam, wo der Arbeitsmarkt heute weitgehend gesättigt ist, gibt es gerade in den neuen Industriegebieten eine grosse Zahl Arbeit suchender junger Menschen. Und die gesetzlichen Mindestlöhne sind in Indonesien noch einmal etwas tiefer als in Vietnam.

40 Fussballfelder grosses Fabrikgelände

Auf Einladung von KASBI besuchen wir deren Büro bei der Fabrik Long Rich, ebenfalls im Bezirk Cirebon gelegen, rund 30 Kilometer von Yihong entfernt. Wobei der Begriff Fabrik etwas in die Irre führt: Das Gelände erstreckt sich über rund 55 Hektar, was in etwa 40 Fussballfeldern entspricht. Es umfasst 29 Fabrikhallen, mehrere Bürogebäude, eine Moschee und eine Notfallklinik. Bei drei Hallen treffen wir auf ein grosses On-Logo. An-

Produktion von On-Schuhen in Indonesien

Tita sagt, der Mindestlohn von 130 Franken pro Monat reiche nicht aus. Die Lebenskosten seien einfach zu hoch.

ders als die Sublieferanten werben grosse Fabriken wie Long Rich offen mit ihren Auftraggebern. Ihre Namen sind meist auch auf Lieferantenlisten zu finden, die viele Markenfirmen online publizieren. Wie uns mehrere Expert*innen aus dem Gewerkschafts- und NGO-Umfeld in Indonesien bestätigen, halten diese in der Regel auch die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiter*innenrechte ein – was bei den Zulieferfabriken oft nicht der Fall ist.

Am Sitzungstisch im KASBI-Gewerkschaftsbüro auf dem Areal von Long Rich, vor einer Wand, die mit linksaktivistischen Motiven und Sprüchen volltapeziert ist, berichten uns Gewerkschaftsvertreter*innen dennoch von gravierenden Problemen. Eine Arbeiterin, die zu ihrem Schutz hier nicht namentlich erwähnt wird, erzählt: «Im ganzen Gebäude herrscht eine Atmosphäre der Einschüchterung. Wegen der hohen Produktionsziele herrscht grosser Druck, die Aufseher schreien dich die ganze Zeit an.» Andere Arbeiter*innen bestätigen, dass dies im ganzen Areal der Fall sei, in allen Produktionshallen. Die formalen Arbeiter*innenrechte würden hingegen gewährt, Arbeitsverträge und die Vergütung von Überstunden seien korrekt, das Vereinigungsrecht werde respektiert.

Es klingt paradox, aber genau dies schürt auch Ängste. Die Gewerkschafter*innen befürchten, es werde bald dasselbe passieren wie in den alten Industriegebieten: dass die Marken ihre Produktion in Fabriken weiter nach Osten verlagern werden, wo noch keine Gewerkschaften etabliert und die Kosten tiefer sind.

Ein starker Treiber der Verlagerung sind die gesetzlichen Mindestlöhne, die sich von Region zu Region stark unterscheiden. KASBI und andere Gewerkschaften haben deshalb eine gemeinsame Kampagne namens «Gleiche Marke – gleiche Löhne» gestartet. Sie verlangt, dass Arbeiter*innen in den neuen Industriegebieten gleich viel verdienen wie ihre Kolleg*innen für die gleiche Arbeit in den alten. In Cirebon liegt der Mindestlohn aktuell bei 2,9 Millionen indonesischen Rupiah (IDR); das entspricht knapp 130 Franken pro Monat. Es ist gerade mal gut halb so viel wie in der Region Jakarta. Dort liegt er bei 5,7 Millionen IDR. Mit den Lebenshaltungskosten lässt sich die Differenz nicht rechtfertigen, wie es bei KASBI heisst: «Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs sind in Cirebon nicht günstiger als in Jakarta.»

Ohne Überstunden reicht das Geld nicht

Was es bedeutet, mit dem Mindestlohn über die Runden kommen zu müssen, erzählt die 21-jährige Tita beim Gespräch auf dem Teppich in ihrem Wohnzimmer. Mit ihrer Mutter lebt sie rund 10 Motorrollerminuten von der Fabrik Yihong entfernt. Tita arbeitet in der Produktion bei Yihong. Zum Zeitpunkt des Treffens Anfang April ist sie seit eineinhalb Monaten wiedereingestellt. «Ich bin sehr froh und dankbar darüber», sagt sie. Doch danach gefragt, wie sie mit den 2,9 Millionen IDR lebt, die sie jetzt wieder verdient, sagt sie geradeheraus: «Es reicht nicht. Die Lebenskosten in Cirebon sind einfach zu hoch.»

Früher habe sie sich den Lohn mit Überstunden aufgebessert. «Vor meiner Entlassung bin ich so auf 4 bis 5 Millionen IDR im Monat gekommen. Doch nur, weil die Firma die gesetzliche Vorgabe von maximal 50 Arbeitsstunden in der Woche nicht einhielt.» Nur so habe sie den Kredit für ihren Motorroller abzahlen können. Es ist ein Budgetposten, der schwer wiegt, denn ein einfacher Roller kostet um die 18 Millionen IDR, also rund sechs (Mindest-)Monatslöhne. Und doch kommt kaum jemand hier um ihn herum, denn es gibt keinen funktionierenden öffentlichen Verkehr.

Tita legt uns ihr Budget offen: 700 000 IDR des Lohns zahlt sie ihren Eltern, 500 000 IDR ihrer Schwester, die noch zur Schule geht. Der Rest geht für Essen, Körperpflege, Benzin für den Roller und weitere Güter des täglichen Bedarfs drauf. «Früher habe ich auch Geld zur Seite gelegt, um meiner Schwester später den Besuch der Universität zu ermöglichen», erzählt sie. «Heute geht das nicht mehr.» Sie hätte selbst auch gerne studiert. Anders als die meisten anderen Arbeiter*innen spricht die junge Frau fliessend Englisch. Nüchtern sagt sie: «Es war die Zeit von Corona, meine Eltern hatten das Geld dazu nicht.» →

Zaenal, Vorsitzender von KASBI Long Rich im Gewerkschaftsbüro auf dem Fabrikgelände in Cirebon: «Wir machen die gleiche Arbeit – es ist einfach nicht fair, dass wir so viel weniger verdienen als die Arbeiterinnen und Arbeiter in Jakarta.»

Selbst On sagt in ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2025, dass die nationalen Mindestlöhne oft nicht ausreichen würden, «um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten». Und: «Wir sind der Überzeugung, dass jeder Arbeiter in unserer Lieferkette einen fairen, existenzsichernden Lohn verdient.» Die Markenfirma hatte 2023 das Ziel ausgegeben, dass bis Ende 2025 alle ihre Produzenten einen Existenzlohn zahlen – nicht eingeschlossen sind jedoch nachgelagerte Betriebe wie Yihong.

On räumt im neuesten Nachhaltigkeitsbericht ein, dass das Ziel bei jedem fünften direkten Zulieferer noch nicht erreicht sei. Wie gross die Diskrepanz zwischen den Zielen von On und der Realität ist, verdeutlicht Birga. Er ist zuständig für das Thema Löhne bei KASBI Long Rich und erklärt, dass Maschinenbediener*innen in diesem Betrieb als Grundlohn nur gerade den gesetzlichen Mindestlohn erhielten.

Die entscheidende Frage ist dabei noch einmal eine andere: die nach der Höhe eines existenzsichernden Lohns. AFWA ist eine der führenden Akteurinnen in der Debatte. Zusammen mit asiatischen Gewerkschaften hat die Organisation vor rund 20 Jahren eine Berechnungsmethode für Existenzlöhne entwickelt, von denen die Arbeiter*innen die einfachen Grundbedürfnisse decken können (siehe Grafik). Aktuell kommt AFWA auf einen Wert von 9 Millionen IDR (400 Franken) pro Monat – also rund dreimal mehr als das, was Tita erhält.

Im Nachhaltigkeitsbericht nennt On mit der Global Living Wage Coalition (GLWC) und der Wage Indicator Foundation (WIF) zwei andere Berechnungsmethoden als Referenz. Die Firma lässt jedoch offen, von welchen konkreten Werten sie für Indonesien ausgeht. Nur von WIF gibt es für Cirebon eine öffentliche Berechnung, die etwa im Bereich des halben AFWA-Existenzlohns liegt. Die Realität ist, dass sich viele Arbeiter*innen verschulden müssen.

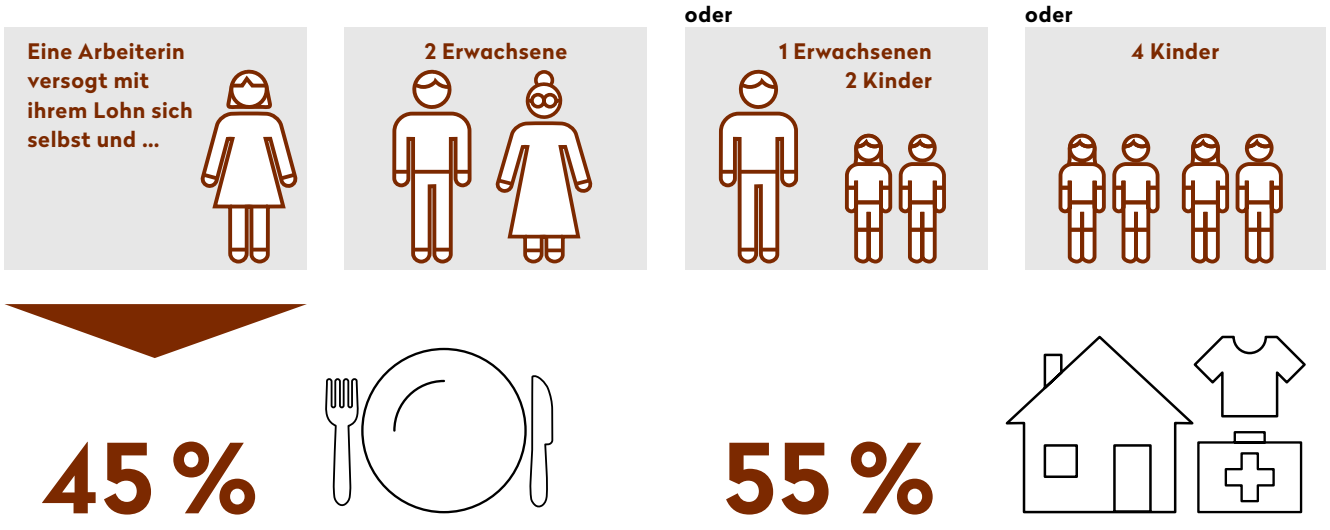
Gemäss einer Studie von AFWA betrifft dies vier von fünf Menschen, die im Textilsektor in Indonesien arbeiten. Wiranta Ginting, Experte für existenzsichernde Löhne bei AFWA, sagt, dass entsprechende Zahlen für die Schuhproduktion fehlten; die Folgen der Löhne weit unter einem existenzsichernden Lohn seien jedoch überall dieselben: «prekäre Arbeitsverhältnisse, Abhängigkeit von übermässiger Überzeit, Verschuldung und anhaltende finanzielle Unsicherheit».

Wer standhaft bleibt, bangt um die Existenz

Für die Mitglieder von SBDI-KASBI geht es nach ihrer Entlassung erst einmal darum, überhaupt irgendein Einkommen zu haben. Yihong beginnt zwar kurze Zeit nach

Ein Lohn zum Leben

Das Gewerkschaftsbündnis Asia Floor Wage Alliance (AFWA) berechnet den Existenzlohn auf der Basis der unten stehenden Annahmen.



der Fabrikschliessung damit, Arbeiter*innen wiedereinzustellen – ausgenommen davon sind jedoch diejenigen, die sich weigern, aus der Gewerkschaft auszutreten. Für Suryana, Tita und anfangs 110 weitere Angestellte ist dies ebenso wenig eine Option wie die Kündigung zu akzeptieren. Damit erhalten sie nicht nur keine Abfindung, sie haben auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Es bedeutet einen Kampf um die Existenz. 48 werden im Laufe der nächsten Monate ihren Widerstand aufgeben und die Kündigung akzeptieren.

Gewerkschaft bittet um internationale Unterstützung

Aufgrund einer von SBDI-KASBI beim Arbeitsinspektorat eingereichten Beschwerde gegen die Kündigungen kommt dieses im Rahmen einer Mediation zum Schluss, dass die Entlassungen unrechtmässig waren. Es fordert die Firma auf, die Betroffenen wiedereinzustellen. Doch Yihong ignoriert die Aufforderung und verklagt ihrerseits die Führungspersonen von SBDI-KASBI wegen illegalen Streiks.

Im August entschliesst sich SBDI-KASBI, das internationale Netzwerk Clean Clothes Campaign (CCC) um Unterstützung zu bitten und einen Urgent-Appeal-Fall anzumelden (siehe Box). Es wird eine Gruppe gebildet, die sich des Falls annimmt. Auch Public Eye ist Teil davon, ebenso Darja, der nationale Koordinator von KASBI.

Die Gruppe beschliesst, sich an die Markenfirmen zu wenden, von denen KASBI dank Arbeiter*innen weiss, dass sie über die Fabrik Long Rich bei Yihong Schuhe bedrucken und färben lassen. Die Reaktionen fallen unterschiedlich aus: Under Armour bestreitet, dass Produkte von ihnen bei Yihong hergestellt werden. Asics entzieht sich der Verantwortung: Seit dem 15. März 2025 – also kurz nach der Massenentlassung – habe man nicht mehr bei Yihong produziert, und nun sei der Einfluss auf die Firma beschränkt. On, Brooks und New Balance antworten, dass sie den Vorfall untersuchen werden.

Auftragseinbruch von 60 bis 70 %

Kurz darauf bricht das Auftragsvolumen gemäss Firmenleitung von Yihong um 60 bis 70 % ein. On sagt gegenüber der CCC, sie würde ihre Aufträge sistieren, bis der Fall gelöst ist. Am 7. Januar wird bekannt, dass Yihongs Klage wegen des «illegalen Streiks» abgewiesen wurde. Nun vollzieht die Firmenleitung eine Kehrtwende: In einem Treffen mit der Gewerkschaft am 16. Januar entschuldigt sie sich bei den Betroffenen und verspricht, die entlassenen Gewerkschafter*innen wiedereinzustellen.

Mit einer Verzögerung von zwei Wochen, die Darja, Suryana und ihre Mitstreiter*innen noch einmal an der Ernsthaftigkeit der Zusage zweifeln lässt, findet dann eine zweite Verhandlungsrunde statt, in deren Folge SBDI-KASBI und Yihong ein Abkommen unterzeichnen. Die Firma verpflichtet sich neben den

Stopp der Zerschlagung von Gewerkschaften: Klartext auf dem T-Shirt der lokalen Gewerkschaft SBDI-KASBI.

CCC und das Urgent-Appeal-System

Die Clean Clothes Campaign (CCC) ist ein globales Netzwerk von rund 220 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, das für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Schuhproduktion kämpft. Public Eye koordiniert die Aktivitäten in der Schweiz.

Über das Urgent-Appeal-System können sich Arbeiter*innen oder Gewerkschaften bei Rechtsverletzungen an die CCC wenden. Eine Fallgruppe entwickelt mit den Betroffenen eine Strategie, begleitet Verhandlungen, übt vertraulich Druck auf Markenfirmen aus oder mobilisiert mit öffentlichen Kampagnen Konsument*innen und Medien. Erfolge bewirken nicht nur unmittelbare Verbesserungen für die Betroffenen, sondern schaffen auch Präzedenzfälle und können andere Arbeiter*innen ermutigen. Jährlich bearbeitet die CCC rund 40 solcher Eilaktionen. Das Urgent-Appeal-System ist nur dank Fördermitteln und Spenden möglich.

Montag, 6. April 2026: Die letzten 24 Gewerkschafter*innen unterzeichnen neue Verträge. Im Chefbüro bespricht sich die Firmenleitung mit Vertretern der Gewerkschaft und von On.

Wiedereinstellungen auch dazu, den betroffenen Arbeiter*innen die durch die unrechtmässigen Entlassungen entgangenen Löhne von immerhin acht der elf Monate auszuzahlen sowie von weiteren Klagen abzusehen.

Es ist der Moment, als Suryana die Tränen kommen. Auch Tita kann es fast nicht glauben, wie sie erzählt: «Ehrlich gesagt hatte ich die Hoffnung verloren.»

Zum Aufatmen ist es allerdings noch zu früh. Denn die Reaktion der Markenfirmen hat die Firma zwar offensichtlich zum Umdenken bewogen. Doch die Arbeiter*innen fürchten, dass Yihong den Betrieb aufgrund des Auftragseinbruchs ganz einstellen könnte und die gesamte Belegschaft wieder ohne Arbeit dastünde. Die Befürchtungen sollten sich dann glücklicherweise als unbegründet herausstellen.

Am Montag, 6. April 2026, dem Tag, an dem die letzten 24 Arbeiter*innen neue, unbefristete Verträge unterzeichnen und an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, sitzen wir im Büro der Firmenleitung von Yihong. Neben den Führungspersonen von SBDI-KASBI sind auch zwei Vertreter von On mit am Tisch. Sie sind der Einladung von CCC gefolgt, an diesem Tag vor Ort präsent zu sein, und eigens aus Vietnam angereist.

Yihong-Leitung streut sich Asche aufs Haupt

Es ist der leitende Direktor von Yihong, der sich als Carter vorstellt und für seinen Chef Jack Feng, der kaum Englisch spricht, das Wort führt. Er beeilt sich, den Anwesenden zu erklären, dass sie geläutert seien. «Wir haben unsere Lektion gelernt!», sagt er immer wieder, und: «So ein dummer Fehler kann uns nie wieder passieren!» Es ist ein eindrücklicher Moment, der aufzeigt, was Suryana damit meinte, als er uns einmal sagte: «Für die Firmenleitung sind die Marken wie Götter.» Hatte Carter, 62, seit über 30 Jahren und bei verschiedenen Markenfirmen in China, Vietnam und Indonesien im Schuhgeschäft tätig, im ersten Gespräch mit Public Eye noch vor allem von «Missverständnissen» und «Kommunikationsproblemen» gesprochen, so ergeht er sich nun in Selbstkritik.

Wie zu sich selbst sprechend sagt er: «Die eigenen Arbeiter verklagen. So etwas Dummes!» On-Manager Martin Phan und sein Mitarbeiter, beide in ein On-Laufoutfit gekleidet, hören sich Carters Ausführungen geduldig an. Phan bestätigt, dass ihre Untersuchungen aufgezeigt hätten, dass das Unternehmen im Rahmen eines Aktionsplans Verbesserungen gemacht habe. Und er sagt Carter und seinem Boss, was er auch beim Be-

such danach im Büro von SBDI-KASBI wiederholen wird: «Menschenrechte haben bei On oberste Priorität.»

Ende gut, alles gut?

Die drei Führungsleute der Gewerkschaft – Darja, Suryana und Krisma – bestätigen unisono, dass für sie das Abkommen erfüllt sei. Sie und ihre Mitstreiter*innen sind ein grosses Risiko eingegangen. Und sie haben einen hohen Preis bezahlt, indem sie ein Jahr lang um ihre Existenz bangen mussten. Für sie ist der Fall ein grosser Erfolg. Sie erhoffen sich, dass er Signalwirkung haben und die Bewegung unabhängiger Gewerkschaften in Indonesien stärken wird.

Bei Yihong gibt es derweil noch einiges zu verbessern. So berichten Arbeiter*innen von fehlender Schutzausrüstung, schwer zu erhaltenden Krankheitsdispensen oder mangelnder Zeit für Toilettengänge sowie die für die mehrheitlich muslimischen Angestellten wichtigen täglichen Gebete. Die Firmenleitung hat Besserung gelobt. Nun braucht es die Zusammenarbeit mit SBDI-KASBI, um die Umsetzung sicherzustellen.

Niki Gamara, Koordinatorin der Urgent Appeals in Südostasien, streicht das hartnäckige und mutige Engagement der Gewerkschafter*innen hervor. Zur Lösung des Falles sei aber auch entscheidend gewesen, dass mit On, Brooks und New Balance drei Markenfirmen auf die Verfehlungen ihres Sublieferanten reagiert hätten. «Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, ist leider noch immer die Ausnahme», so Gamara. Sie wünsche sich in Zukunft eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und involvierten Markenfirmen sowie einen fest installierten Mechanismus, mit dem Betroffene Fälle direkt melden können und schnell eine Lösung gefunden wird. Denn: «So aussergewöhnlich der Erfolg und so erfreulich die Lösung des Falles für die 64 wiedereingestellten Gewerkschafter*innen ist – für 48 weitere kam sie zu spät.» Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass die Verantwortlichen offenbar erst im Spätherbst 2025 durch die CCC von dem Fall erfahren hatten – dies, obwohl in indonesischen Online-Medien breit darüber berichtet wurde.

Jetzt muss On liefern

Um die Versprechen für soziale Verantwortung in ihrer Lieferkette einzulösen, müssen die Sportschuhfirmen dafür sorgen, dass die Arbeiter*innenrechte in allen Betrieben ihrer Lieferkette in Zukunft eingehalten werden. Der Senkrechtstarter On, der mit Swissness wirbt und behauptet, dass Menschenrechte bei ihm oberste Priorität hätten, sollte dabei vorangehen. Und die Firma muss das Versprechen einlösen, dass in ihrer gesamten Lieferkette wirklich existenzsichernde Löhne bezahlt werden – also nicht nur bei den direkten Zulieferern, sondern auch bei Sublieferanten.

KASBI hat On aufgefordert, das Protokoll zur Vereinigungsfreiheit zwischen Gewerkschaften und Markenfirmen zu unterzeichnen und sich auf Gespräche zu den Löhnen einzulassen (siehe Box). Es wären wichtige erste Schritte auf dem Weg dazu, auch all jene an den Gewinnen des milliardenschweren Sportschuhgeschäfts teilhaben zu lassen, die fernab von Swissness-Debatten die hochpreisigen Schuhe herstellen – zumindest so weit, dass sie genug verdienen, um in Würde davon leben zu können. ■

Was On sagt

In ihrer Stellungnahme erklärt On, das Unternehmen sei mit PT Long Rich im Gespräch, um die Lohnlücke zu schliessen. Und On sei dabei, die «Machbarkeit» einer Ausweitung ihres Ziels zu existenzsichernden Löhnen in ihrer Lieferkette auf Sublieferanten «zu prüfen». Zur Berechnung von existenzsichernden Löhnen hält On an einer Methodik fest, die zu deutlich niedrigeren Lohnzielgrössen kommt als jene des Gewerkschaftsbündnisses AFWA. On sei aber «bereit und interessiert», einen vertieften Dialog mit den Gewerkschaften sowie sie unterstützenden Organisationen zum Thema Löhne und Arbeiter*innenrechte aufzunehmen.

Zu den Vorwürfen von übermässigem Druck und Einschüchterung bei Long Rich sagt On, dass ihre letzte Untersuchung keine solchen Missstände aufgezeigt hätte, sie die Vorwürfe aber ernst nähme und ihnen in der nächsten Untersuchung nachgehen würde.

Weiter räumt On in der Stellungnahme ein, dass der Fall Yihong aufgezeigt habe, dass ihr Prüfungsverfahren der Betriebe in ihrer Lieferkette nicht genüge. Um sicherzustellen, dass sie in Zukunft rechtzeitig informiert wird, hätte sie eine externe Firma beauftragt, ein kontinuierliches Monitoring zu installieren, zudem würde sie das Beschwerdeverfahren in Fabriken verbessern.

10 Franken für ein Kilo T-Shirts

© opak.cc

Im Einkauf bezahlen die grossen Modemarken heute für ein Baumwoll-T-Shirt kaum mehr als vor 20 Jahren. Teuerungsbereinigt ist der Preis sogar gesunken – in der EU zum Beispiel um satte 30 %. Die Leidtragenden sind die Arbeiter*innen und Lieferanten in den Produktionsländern, zum Beispiel in Bangladesch. Die Nachhaltigkeitsversprechen der Modebranche erweisen sich also auch in der Preispolitik als Worthülsen.

DAVID HACHFELD UND **CHRISTIAN ECKERLEIN**

2 bis 3 US-Dollar pro Stück. Das ist der Preis, zu dem heute viele international tätige Einkäufer von Textilien ein Standard-Baumwoll-T-Shirt beschaffen. Es geht noch billiger: Einige bezahlen weniger als 1 US-Dollar pro Stück.

Im neuen Report «Squeezed Dry» (Ausgepresst) haben Public Eye und die von ihr mitgetragene Clean Clothes Campaign umfangreiches Datenmaterial aus mehr als zwei Jahrzehnten analysiert. Das Fazit: Die anhaltend niedrigen Einkaufspreise sind kein Marktversagen, sondern ein zentrales Organisationsprinzip der heutigen Bekleidungsindustrie. Und dieses trägt zur Zementierung von Hungerlöhnen und prekären Arbeitsbedingungen in der Branche bei.

Die Preise bewegen sich seit Langem auf sehr niedrigem Niveau. 2025 lag der durchschnittliche Importpreis für Standard-Baumwoll-T-Shirts in der Europäischen Union (EU) bei nur 16 US-Dollar (Fr. 12.50) pro Kilogramm. Stammten die Shirts aus Bangladesch, waren sie mit rund 13 US-Dollar noch günstiger. Das sind lediglich 10 Franken für ein Kilo neue T-Shirts: ein Spottpreis. Zum Vergleich: Die tiefsten Preise für ein Basic-T-Shirt bewegen sich bei den grössten Schweizer Modehändlern zwischen 9 und 17 Franken. Für den Erlös aus dem Verkauf eines einzigen T-Shirts kaufen sich die grossen Marken also gleich ein Kilo davon.

Zwischen 2001 und 2025 wuchs die Weltwirtschaft im Durchschnitt um rund 3 % pro Jahr. Parallel führte die globale Inflation im gleichen Zeitraum dazu, dass sich die Lebenshaltungskosten der Haushalte mehr als verdoppelten. Ganz anders verlief die Preisentwicklung bei den T-Shirt-Importen der EU für denselben Zeitraum: Die nominalen Einkaufspreise legten um lediglich 0,9 % pro Jahr zu. Bereinigt um die Teuerung der EU sanken die Preise sogar um 1,4 % pro Jahr.

Anders gesagt: Auf dem Papier zahlen Marken aus der EU heute rund ein Viertel mehr für im Ausland bezogene Baumwoll-T-Shirts als vor 25 Jahren. Real sind es jedoch 30 % weniger (siehe obere Grafik auf Seite 17). Bereinigt um die globale Inflation, erhöht sich der Rückgang

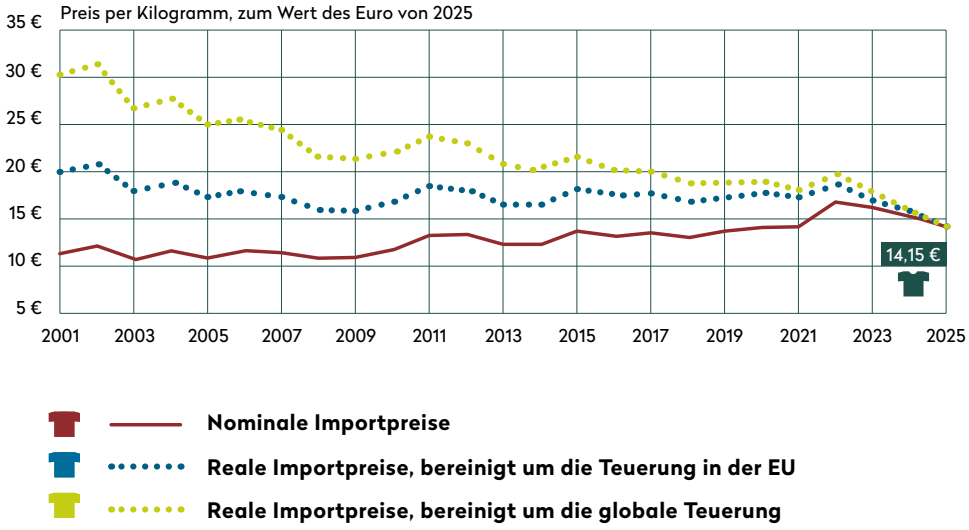
der Beschaffungspreise sogar auf –3,1 % pro Jahr, was von 2001 bis 2025 zu einer Halbierung führt. Dies ist keine statistische Anomalie. Es spiegelt eine bewusste Wettbewerbsstrategie wider, die auf extrem niedrige Preise im Massenmarkt für Bekleidung setzt. Die grossen Modemarken haben ihre Produktion zunehmend an Standorte verlagert, die für Massenware die niedrigsten Preise bieten. In der EU – dem weltweit grössten Importmarkt für T-Shirts – wurde Bangladesch so zum dominierenden Herkunftsland: 2025 wurden 61 % der importierten T-Shirts dort genäht. Die zunehmende Konzentration auf den billigsten Produktionsstandort verstärkt die Abhängigkeiten zwischen Verkäufer und Käufer.

Die Einkaufspraktiken der grossen Marken

Public Eye hatte auch Zugang zu unternehmensspezifischen Handelsdaten. Diese zeigen, dass sich die Einkaufspreise der grössten Modeunternehmen trotz deutlicher Unterschiede in ihrer Marktpositionierung innerhalb eines relativ begrenzten – und vor allem niedrigen – Korridors bewegen (siehe untere Grafik). Zu den Firmen mit den in der Stichprobe vergleichsweise eher

Teuerungsbereinigt sinkt der Wert von T-Shirt-Importen seit 25 Jahren

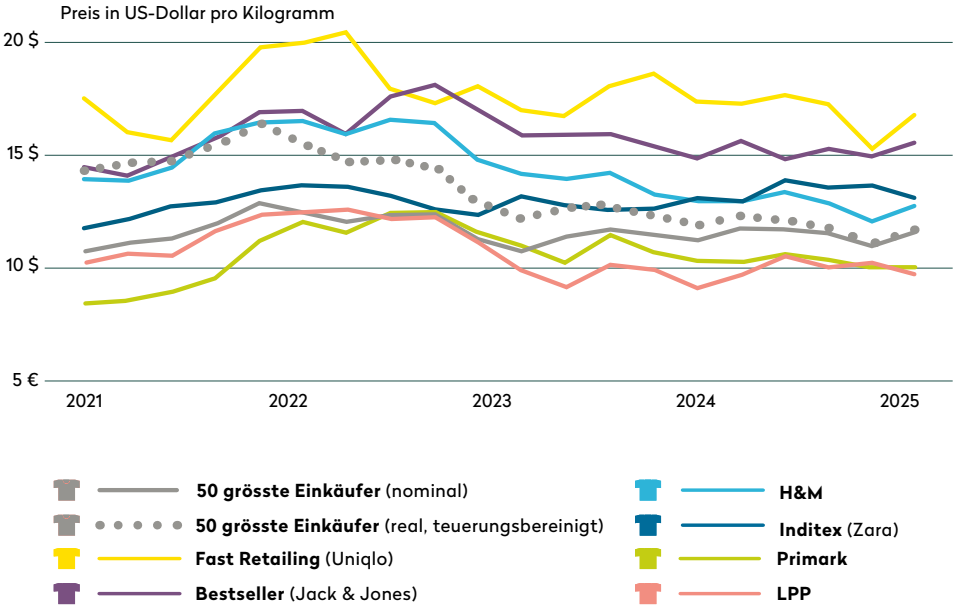
Seit 2001 sind die Importpreise nominell um 25 % gestiegen. Bereinigt um die Teuerung der EU sanken die realen Preise jedoch um 29 %. Bereinigt um die globale Inflation ist der Importwert eines Kilogramms T-Shirts sogar um 54 % gesunken.



Quelle: Berechnungen von Public Eye aufgrund von Comtrade- und IMF-Daten.

Einkaufspreise grosser Modemarken für T-Shirts aus Bangladesch

Im Jahr 2025 bezahlten die 50 grössten Einkäufer für ein Kilo T-Shirts aus Bangladesch im Durchschnitt rund 12 US-Dollar (graue Linien). Da Unterschiede im Produktmix, in der Qualität und in der Herkunftsregion das Preisniveau beeinflussen, sind direkte Vergleiche zwischen den Firmen (andersfarbige Linien) mit Vorsicht zu interpretieren.



Quelle: Berechnungen von Public Eye, basierend auf Handelsdaten.

höheren Ladenpreisen gehören der japanische Konzern Fast Retailing mit der dank Roger Federer auch in der Schweiz bekannten Hauptmarke Uniqlo oder die dänische Bestseller-Gruppe mit Jack & Jones oder Vero Moda. Selbst sie zahlen ihren Produzenten in Bangladesch im Durchschnitt nur selten über 18 US-Dollar pro Kilogramm (etwa 3 US-Dollar pro Stück). Am unteren Ende stehen Discounter wie Primark oder LPP mit Einkaufspreisen von rund 10 US-Dollar pro Kilogramm. Der Fast-Fashion-Konzern Inditex mit seiner Hauptmarke Zara und die schwedische H&M bewegen sich im Mittelfeld.

Public Eye hat die Konzerne mit den unternehmensspezifischen Preisdaten konfrontiert. Daraufhin stellten einige Konzerne die Zahlen infrage und argumentierten, dass Durchschnittspreiskennzahlen wichtige Faktoren wie Produktmix, Effizienzsteigerungen und Kostentreiber ausser Acht liessen. Keines der Unternehmen legte jedoch eigene Preisdaten vor.

Einkaufspreise reagieren nicht auf höhere Löhne

Bemerkenswert ist, worauf die Preise reagieren – und worauf nicht. Schnellt der Baumwollpreis in die Höhe, sieht man dies kurz danach auch bei den T-Shirt-Einkaufspreisen. Anders bei Lohnerhöhungen: Selbst erhebliche Anpassungen des Mindestlohns in Bangladesch haben keinen nachhaltigen Anstieg der Exportpreise herbeigeführt. Energieschocks hatten 2022 teilweise Auswirkungen, die jedoch mit der Normalisierung der Rohstofflage nachliessen.

Das Muster ist klar: Lieferanten können höhere Materialkosten manchmal weitergeben, und die Käufer sind bereit, diese zu tragen. Die Arbeitskosten haben jedoch kein vergleichbares Gewicht. Darüber hinaus können Lieferanten ein erhöhtes Preisniveau nicht über die Dauer des zugrunde liegenden Rohstoffanstiegs hinaus aufrechterhalten.

Der Machtpoker bei Preisverhandlungen

Interviews mit Verantwortlichen bei Produktionsbetrieben und Einkaufsagenturen in Bangladesch zeigen, wie in den Verhandlungen Preisdruck ausgeübt wird. Viele Befragte beschreiben, wie Einkäufer mit festen Zielpreisen in die Verhandlungen gehen und von den Lieferanten erwarten, dass sich diese daran halten. Lieferanten berichten, ständig werde mit der landesweit günstigsten Option verglichen. Der Verhandlungsspielraum sei begrenzt, und selbst wenn die Produktion bereits laufe, werde noch versucht, die Preise neu zu verhandeln.

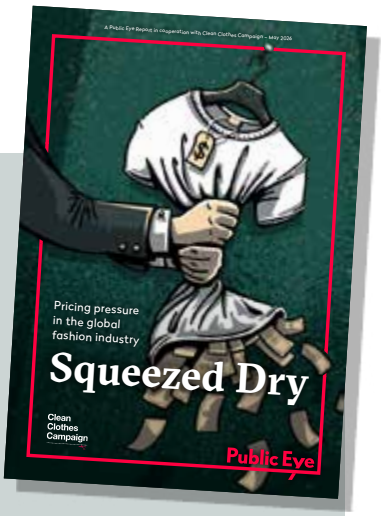
Die Gewinnspannen bei einfachen T-Shirts werden als hauchdünn und zunehmend instabil beschrieben. Um stillstehende Produktionslinien zu vermeiden, Löhne der Mitarbeitenden zu zahlen und den Cashflow zu sichern, nehmen viele Fabriken sogar Aufträge zum Selbstkostenpreis oder darunter an – insbesondere in der Nebensaison.

Da die Nominalpreise stagnieren, während andere Kosten steigen, werden die Lieferanten systematisch dazu gedrängt, den einzigen verbleibenden «flexiblen» Hebel zu nutzen: die Arbeitskräfte. Dies führt zu einer Intensivierung der Arbeit, längeren Arbeitszeiten und anhaltendem Lohndruck. Extrem niedrige Preise zementieren somit Hungerlöhne, schwächen die Fähigkeit der Fabriken, Nachfrageschwankungen abzufedern, und verdrängen Investitionen in soziale und ökologische Verbesserungen.

Es braucht eine Preisgestaltung von unten nach oben

Zwei Jahrzehnte freiwilliger Standards, Verhaltenskodizes und Initiativen verschiedener Interessengruppen haben die Geringschätzung des Marktes für die Produktion von Bekleidung nicht beseitigt. Deshalb muss die Preisgestaltung aus Sicht von Public Eye zu einem zentralen Hebel für verantwortungsbewusste Beschaffung werden. Preise sollten auf den tatsächlichen Kosten einer regelkonformen, menschenrechtskonformen und umweltverträglichen Produktion basieren. Sie sollten nicht von den Verkaufspreiswünschen und hohen Margenerwartungen der Konzerne diktiert werden.

Auf dieser Grundlage untersucht der Bericht Mindestpreisziele sowohl als normative Leitlinie für Verhandlungen als auch als praktisches Instrument, um eine verantwortungsbewusste Beschaffung in der Unternehmenspraxis zu verankern. Ein Mindestpreisziel von 30 US-Dollar pro Kilogramm T-Shirts würde Raum für existenzsichernde Löhne, eine sichere und stressfreie Arbeitsorganisation sowie eine glaubwürdige Umweltbilanz schaffen. Das wären 5 US-Dollar für ein Standard-T-Shirt – ein Preis, der mehr als tragbar scheint. ▪



Link zum Fachbericht «Squeezed Dry» (auf Englisch):
peye.link/squeezed-dry

Toxische Bananen von Chiquita: Auf die Recherche folgt die Kampagne

Im April-Magazin haben wir über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen von Chiquita in Guatemala berichtet. Löhne unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns, die konstante Gefährdung durch das Besprühen der Plantagen mit Pestiziden durch Flugzeuge, ein höllisches Arbeitstempo: Unser Reporter besuchte die Plantagen der Zulieferer des multinationalen Konzerns mit Sitz in Etoy VD und dokumentierte die Hintergründe.

Seitdem haben sich viele an unserer digitalen Demo beteiligt und Chiquita dazu aufgefordert, konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu ergreifen. Dank der Regionalgruppen von Public Eye wurde die Kampagne in den Strassen der Deutsch- und Westschweiz zum Leben erweckt und erreichte so ein neues Publikum.

Dabei belassen wir es nicht. In dieser Ausgabe berichten wir, wem die Banane wirklich zugutekommt. Nun, es dürfte Sie nicht überraschen: Es sind nicht die Arbeiter*innen. Wir beleuchten auch die zentrale Rolle der Schweiz in diesem Sektor. Mit dem Erfahrungsbericht von Anne-Marie Holenstein, der ersten Sekretärin der Erklärung von Bern (der Vorläuferorganisation von Public Eye), nehmen wir Sie zudem mit in die 1970er-Jahre an die Seite der Bananenfrauen – mutiger Aktivistinnen, die bereits damals die Produktionsbedingungen dieser Frucht anprangerten und sich im Kampf für einen fairen Preis mit der Migros anlegten.

Schliesslich geben wir Ihnen auch noch einen Tipp, wie auch Sie Chiquita zum Handeln auffordern können. Wir wünschen gute Lektüre!

Carlos Lopez Flores, Präsident und CEO von Chiquita, posiert am Hauptsitz in Etoy VD im Jahr 2019 für ein Foto.

© Olivier Grivat/Swissinfo

Wer wie viel an unserer Banane verdient

Weniger als ein Zehntel der Erträge aus der Bananenproduktion geht an jene Menschen, die auf den Plantagen Lateinamerikas schuften. Lukrativ ist die beliebte gelbe Frucht bis heute vor allem für die grossen Handelskonzerne mit Sitz in der Schweiz.

MANUEL ABEBE

Für Hunderttausende Bananenarbeiter*innen ist jeder Tag im selben Rhythmus getaktet. Auf den Plantagen schneiden Männer die zentnerschweren Büschel im Akkord von den tropischen Pflanzen und zerren sie auf Seilbahnen in die Packanlagen. Dort schneiden meist Frauen die Früchte zurecht, waschen und sortieren sie nach Grösse und Qualität in Kartons. Noch am selben Tag werden die grünen Bananen in Kühlcontainer gestapelt.

Bis sie in unseren Supermarktregalen landen, haben die Früchte einen weiten Weg vor sich. Zunächst geht es mit dem Lastwagen zum Hafen, dann weiter mit dem Schiff über den Atlantik. So dauert die Reise vom 10 000 Kilometer entfernten Puerto Bolívar in Ecuador nach Antwerpen oder Hamburg beispielsweise rund zwei Wochen. Anschliessend geht es weiter in die Lagerhallen, wo die Importeure der Bananen der Frucht mit einer warmen, feuchten Umgebung und etwas Reifegas ihre gelbe Farbe entlocken.

Der Griff zur Banane gehört in der Schweiz für viele Menschen zum gewohnten Tagesablauf. Ob zum Frühstück, zwischendurch oder auf einer Wanderung: Eine Schweizer Person isst jedes Jahr durchschnittlich 100 Bananen. 37 davon wurden in Kolumbien angebaut, 30 in Ecuador, die restlichen in Panama, Peru oder einem der weiteren Länder, aus denen die Schweiz diese populärste aller Tropenfrüchte importiert. Jede zweite stammt inzwischen aus Fairtrade-Produktion, knapp jede dritte ist biozertifiziert. Kein anderes Land hat einen so hohen Konsumanteil an nachhaltig produzierten Bananen.

Je weiter weg vom Anbau, desto grösser der Erlös

Die billigsten Bananen kosten derzeit etwa Franken 1.20 pro Kilo, für Biobananen zahlen wir rund 3 Franken. Auf dem Preisschild bleibt jedoch verborgen, dass entlang dieser Kette vor allem jene an der nach dem Apfel zweitliebsten Frucht der Schweizer Bevölkerung verdienen, die wenig bis nichts mit dem Anbau zu tun haben. Wie viel bei Pflücker, Händler oder Transporteur landet, unterscheidet sich zwar je nach Herkunftsland, verhandelten Verträgen oder Zertifizierung. Die Plantagenangestellten verdienen aber grundsätzlich nur einen geringen Anteil am Gesamtertrag – im Schnitt etwa 7 % (siehe Grafik). Ungleich mehr geht an Plantagenbesitzer (13 %) oder Importeure (19 %) und nochmals deutlich mehr an Detailhändler wie Migros und Coop, die rund 40 % vom Verkaufspreis erhalten.

Die Schweiz als Bananendrehscheibe

Der globale Bananenhandel wird von einigen wenigen vertikal integrierten Konzernen dominiert. Die grössten vier kontrollieren Schätzungen zufolge rund 44 % des Geschäfts, weswegen der Wettbewerb als eingeschränkt gilt. Die Schweiz spielt, wie bei vielen Rohstoffen, auch hier eine zentrale Rolle. Neben Chiquita hat auch Fyffes seinen Hauptsitz in der Genferseeregion. Und in Zug betreibt mit Fresh Del Monte ein dritter Konzern sein Handelszentrum.

Mit ihrer Schlüsselrolle im Agrarrohstoffhandel kommt der Schweiz auch im Bananensektor eine besondere Rolle zu. Hierzulande können Labels zwar einen Ausgangspunkt für sozial und ökologisch verträglichen Bananenkonsum bieten. Ein viel grösserer Hebel zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt in der Bananenproduktion liegt aber in der effektiven Konzernregulierung, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht.

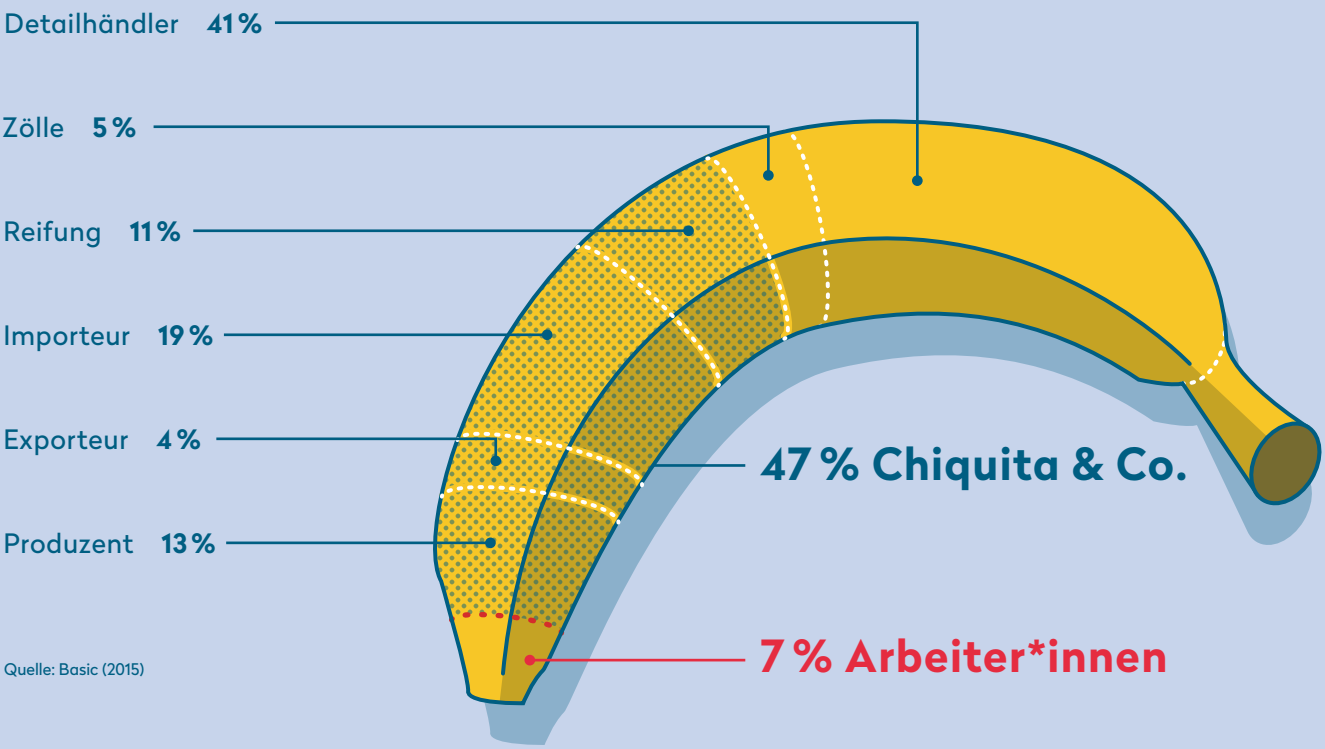
Händler	Menge	Marktanteil	Verbindung zur Schweiz
Chiquita	2,7 Mio. Tonnen	13 %	Hauptsitz in Etoy VD
Fresh Del Monte	2,7 Mio. Tonnen	13 %	Handelszentrale in Zug
Dole	2,5 Mio. Tonnen	12 %	–
Fyffes	1,2 Mio. Tonnen	6 %	Hauptsitz in Versoix GE

Geschätzte Handelsmengen der vier weltgrössten Bananenkonzerne. **Quelle:** Firmenangaben, International Institute for Sustainable Development.

Mit bis zu 47 % beanspruchen Konzerne wie Chiquita, Fresh Del Monte, Dole oder Fyffes (siehe Box oben) den grössten Anteil am Erlös. Für sie ist die Banane vor allem deswegen ein grandioses Geschäft, weil sie über verschiedene Tochtergesellschaften mehrere Produktionsschritte kontrollieren. Sie führen nicht nur die knallharten Lohnverhandlungen, sondern haben auch einen unbestrittenen Überblick über die Branche. Mit dieser integrierten Wertschöpfung, wie sie im Agrarrohstoffhandel üblich ist, sichern sie sich die Erträge von den Plantagen über die Containerschiffe bis zu den Reifereien.

Für die Bananenkonzerne unterliegt das Geschäft einem anderen Takt als ihren Arbeiter*innen. Sie bestimmen über mehrere Millionen Tonnen Früchte pro Jahr: woher sie kommen, wohin sie gehen – sogar wann sie reif werden. Wie sehr sich das auszahlt, merken sie von einem Quartalsabschluss zum nächsten. ■

Vom Verkaufspreis einer Banane geht fast die Hälfte an die Bananenkonzerne



Quelle: Basic (2015)

© Keystone/Str

«Die Bananenfrauen haben eine breite Bewegung in Gang gesetzt»

In den 1970er-Jahren haben die Bananenfrauen von Frauenfeld die Schweizer Öffentlichkeit für die Missstände im Bananenanbau sensibilisiert. Anne-Marie Holenstein hatte wenige Jahre zuvor das Sekretariat der Erklärung von Bern aufgebaut, der Vorläuferorganisation von Public Eye. Auf ihren Rat hatten die Bananenfrauen die Migros mit einer frechen Rabattaktion unter Druck gesetzt.

INTERVIEW: **ROBERT BACHMANN**

Anne-Marie Holenstein, du hast im Jahr 1969 bei der Erklärung von Bern angefangen, der EvB. Wie kam es dazu und was motivierte dich?
Das hatte viel mit meiner Biografie zu tun. In den 50er-Jahren begann ich, mich für ökumenische Zusammenarbeit über konfessionelle Grenzen hinweg zu engagieren, und ich war sehr an Sozialethik interessiert. Marga Bührig, eine frühe Vorkämpferin für die Ökumene, kannte mich und schlug mich für diesen Posten vor.

Wie kam es zum Kontakt mit den Bananenfrauen?
Einige der Frauen kannten mich und wussten, dass ich im Umfeld der EvB viele Kontakte mit engagierten Gruppen hatte. Und so konnte ich sie darin unterstützen, ihre Kampagne mit Arbeitsgruppen zu vernetzen, die das Thema sehr gern aufnahmen.

Wer waren die Bananenfrauen?
Eine Gruppe von Frauen aus mittelständischen Familien in Frauenfeld, die sich regelmässig traf. Eines Tages zeigte Ursula Brunner, die Leiterin der Gruppe, den Dokumentarfilm «Bananera libertad» des Filmemachers Peter von Gunten. Danach fanden einige, man müsse nun handeln. Sie wollten für die Menschen in Lateinamerika kämpfen, die offenbar von grosser Ungerechtigkeit betroffen waren. Eine Frau schrieb einen Brief: «Wir sind ja Mütter, wir können Einfluss nehmen auf die nächste Generation, und wir sollten diese Möglichkeiten nutzen.»

Welche Ziele hatten die Bananenfrauen?
Sie wollten mehr Gerechtigkeit in dieser vor Ungerechtigkeit strotzenden Welt und bissen sich dafür am Thema Bananen fest, zehn Jahre lang. Sie forderten höhere Löhne für die Arbeiter*innen und weniger Umweltbelastung in den Plantagen.

Wie verschafften sich die Bananenfrauen Gehör?
Mit unkonventionellen Methoden und dem Mut, die mächtige Migros herauszufordern. Als der Grossverteiler den Preis für Bananen um 15 Rappen pro Kilo senken wollte, sagten sie: «Wir wollen gar keine billigeren Preise. Der Bananenpreis ist ohnehin zu tief, Bananen sind ja billiger als Äpfel. Wir wollen eher einen Aufpreis.» Und sie rechneten aus, dass man mit den 15 Rappen pro Kilo für alle Bananen, welche die Migros pro Jahr verkaufte, viel bewirken könnte, wenn man sie für Entwicklungsprojekte in Lateinamerika einsetzte.

Was war dein Beitrag?
Ich steckte den Frauen eine konkrete Idee, um die Migros herauszufordern: Wenn ihr bei der Migros ein Kilo Bananen kauft, nehmt einen Einzahlungsschein und zahlt auf irgendein Migros-Konto die 15 Rappen ein. Das taten sie dann auch, und viele taten es ihnen gleich – zum grossen Ärger der Migros, vor allem ihrer Buchhaltung. Danach durften die Frauen oft nach Zürich zu Gesprächen mit der Migros-Leitung reisen. →

© Jana Leu/volltoll.ch

Im Oktober 1973 verschenken Bananenfrauen in Frauenfeld Bananen an die Bevölkerung und weisen auf die Missstände im Anbau der exotischen Früchte hin.

© Staatsarchiv des Kantons Thurgau

Der Unmut der Banane: Plakat des Schweizer Grafikers und Illustrators Celestino Piatti (1922–2007) im Auftrag der Bananenfrauen.

Was haben die Bananenfrauen erreicht?
Ihre Aktionen hatten zur Folge, dass sehr viele Menschen realisierten, dass mit dem Preis der Bananen etwas nicht stimmt: Wir konsumieren billige Produkte auf Kosten der Menschen auf den Plantagen. Sie druckten auch eine eigene Zeitung mit selbst recherchierten Informationen zu Bananen.

Was waren das für Aktionen?
An einem Samstag fuhren sie in Frauenfeld mit Handwagen herum, verteilten Bananen und die Zeitung. Wer eine Banane nahm, wurde gefragt, ob sie oder er bereit wäre, mehr für Bananen zu bezahlen. Mehr als 1000 Menschen stimmten dem mit ihrer Unterschrift zu. Diese Aktion, die für viel Aufsehen sorgte, brauchte grossen Mut, denn in der kleinen Stadt kannte man die Frauen, und als gute Mittelstandsfrau wollte man doch nicht auffallen. An diesem Tag brachten die Frauen mehr als eine Tonne Bananen unter die Leute. Mit einer Dokumentation machten die Frauen auch gute Pressearbeit; Journalist*innen griffen das Problem dann landauf, landab auf.

Was geschah danach?
Die erfolgreiche Aktion motivierte viele Leute, selbst kleine Aktionen zu starten. Zum Beispiel gingen Frauen in kleine Läden (damals gab es noch von Privaten geführte Usego-Läden) und fragten, ob die Läden bereit wären, Bananen zu einem Aufpreis zu verkaufen und diesen in eine Sammelkasse zu geben. Auch das sorgte wieder für Aufsehen. Und viele Leute waren bereit, diesen Aufpreis von 15 Rappen zu bezahlen. Es war unglaublich, was die Gruppe in kurzer Zeit gelernt hatte: über Bananen, über die Preise, aber auch darüber, wie Medienaufmerksamkeit und Bewusstseinsbildung funktionieren.

Und was haben die Bananenfrauen nicht erreicht?
Grundsätzliche Strukturveränderungen, vor allem in der Politik und auf Gesetzesebene in den Produktionsländern. Da sind sie mit ihren Möglichkeiten an Grenzen gestossen.

Die Bananenfrauen sind ein wichtiges Kapitel der Frauengeschichte. Weshalb?
In der Öffentlichkeit, der Politik und den Medien waren Frauen damals kaum präsent. Auch im Privaten waren ihre Rechte eingeschränkt: Wollten verheiratete Frauen arbeiten, ging das damals zum Beispiel nicht ohne Einverständnis ihres Mannes.

Und als ich einmal für die Erklärung von Bern ein Konto eröffnen wollte, sagte mir der Schalterbeamte: «Frau Holenstein, dazu brauchen Sie die Unterschrift Ihres Mannes.» Das konnte ich kaum fassen. Ich stelle mir auch vor, wie der eine oder andere Ehemann etwas verdutzt in den Tag schaute, wenn seine Frau erklärte, sie müsse dann morgen wieder zu Verhandlungen nach Zürich in die Migros. Sie habe für ihn eine Raviolibüchse bereitgestellt, er könne das Mittagessen ja selbst aufwärmen.

Was bleibt dir besonders stark in Erinnerung, wenn du an die Bananenfrauen zurückdenkst?
Wie mutig sie waren. Mit Kreativität, Intuition und viel Fantasie haben sie ihre begrenzten Möglichkeiten sehr gut genutzt und eine breite Bewegung in Gang gesetzt. Und sie hatten Ausdauer: Die Kerngruppe von sechs Frauen ist zehn Jahre lang miteinander an der Arbeit geblieben. Die Frauen waren übrigens nie aggressiv. Das war wichtig damals, das hätte die Öffentlichkeit damals nicht ertragen. Was diese Frauen geleistet haben, ist ausserordentlich. Und ihr Engagement wirkt nach, bis heute. Chapeau!

Was bleibt von den Frauen?
Mit ihrer Aktion und mit vielen anderen Gruppen haben sie das Terrain vorbereitet, auf dem in den 90er-Jahren das Max-Havelaar-Label mit Erfolg eingeführt werden konnte. Allerdings stossen wir damit heute an Grenzen: Im Fairtrade-Angebot von Grossverteilern bleiben grosse Lücken. Zum Beispiel bei Produkten, die von Kinderarbeit belastet sind, wie Kakao und Schokolade. Um die Misswirtschaft von Konzernen zu beheben, die Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören, braucht es ein Gesetz. Ich denke da vor allem an die Konzernverantwortungsinitiative. Ich bin sicher, die Bananenfrauen würden sich heute dafür engagieren. ■

DESHALB PROTESTIEREN WIR GEGEN CHIQUITA

Chiquita ist einer der weltweit grössten Bananenproduzenten und hat seinen Sitz in der Schweiz. Der Konzern wirbt mit Nachhaltigkeit und fairen Arbeitsbedingungen. Recherchen von Public Eye auf Zulieferplantagen in Guatemala (siehe Public Eye Magazin Nr. 59 vom April 2026) zeichnen ein anderes Bild: Arbeiter*innen schuften dort bis zu zwölf Stunden täglich unter enormem Zeitdruck – für Löhne, die oft unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Bei drückender Hitze arbeiten sie ohne ausreichenden Schutz vor Pestiziden, die Flugzeuge über ihren Köpfen versprühen.

Viele stehen die harten Arbeitsbedingungen nur mit einem Mix aus einem Energy-Drink und dem Opioid Tramadol durch. Wer sich gegen diese Zustände wehrt oder an Gewerkschaftssitzungen teilnimmt, riskiert die Kündigung.

Die von Public Eye besuchten Plantagen in Guatemala beliefern Chiquita direkt. Der Konzern trägt Verantwortung – und hat die Marktmacht, die Situation der Arbeiter*innen sofort zu verbessern.

VON CHIQUITA FORDERN WIR:

- **Gesetzlichen Mindestlohn für alle Plantagenarbeiter*innen.**
- **Schutz vor Pestiziden. Dazu gehört ein sofortiges Verbot für Pestizid-Sprühflüge während der Arbeitszeiten.**
- **Respektierung der Gewerkschaftsfreiheit. Niemand darf wegen gewerkschaftlicher Organisierung entlassen oder diskriminiert werden.**

Chiquita muss bei den Zulieferern durchsetzen, dass die gesetzlichen Mindeststandards Guatemalas, die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Verhaltenskodex für das Pestizidmanagement der Welternährungsorganisation (FAO) eingehalten werden. Schweizer Konzerne müssen endlich Verantwortung für Missstände in ihren Lieferketten übernehmen!

Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, haben wir einen digitalen Protest organisiert. Wenn Chiquita keine konkreten und überprüfbaren Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einleitet, bleibt unser Protest nicht digital. Dann bringen wir ihn im Herbst nach Etoy VD – direkt vor den Hauptsitz des Unternehmens.

Diese Organisationen unterstützen die Forderungen von Public Eye an Chiquita:
Koalition für Konzernverantwortung, Claro, Solifonds, Fastenaktion, RedSol – Solinetz Zentralamerika, Caritas Schweiz, Brücke Le Pont, Cetim (Europe – Third World Centre), Multiwatch, FIAN Schweiz

Mach mit uns Druck auf Chiquita, um die Ausbeutung auf den Plantagen zu stoppen!
stopp-chiquita.ch

© Philippe Renault

Wo Glencore den eigenen Gewinn über die Gesundheit von Kindern stellt

Seit Jahrzehnten leidet die Gesundheit der Kinder im kanadischen Rouyn-Noranda unter der Belastung durch Arsen, das die mitten in der Stadt gelegene Schmelzhütte von Glencore ausstösst. Angesichts der Drohungen des Zuger Konzerns, das Werk zu schliessen, spielten die Behörden die Kontamination herunter und erteilten der Schmelzhütte eine Ausnahmegenehmigung. Um den Betrieb der Hütte zu sichern, wurden Glencore Arsenhöchstwerte bewilligt, welche die Norm in der Provinz Québec um das Fünffache überschreiten. Zudem soll das umliegende Stadtviertel zerstört werden, 200 Familien müssen umziehen.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

In Rouyn-Noranda gab es lange keinen Anlass zur Sorge. Seit bald einem Jahrhundert ist das Schicksal der Kleinstadt in der Provinz Québec mit ihren aktuell 43 000 Einwohner*innen eng mit der Kupfergewinnung verbunden. Daran hängen viele Arbeitsplätze und gewichtige Steuereinnahmen. Die Stadt ist im Zuge des Bergbaubooms entstanden und entwickelte sich rund um die 1976 geschlossene Horne-Mine, die noch mit Pickel und Dynamit ausgehöhlt worden war. Die Schmelzhütte gleichen Namens, 2006 vom Schweizer Konzern Xstrata aufgekauft und 2013 im Rahmen der Fusion in Glencore integriert, ist als zentrales Glied der nordamerikanischen Kupferindustrie weiterhin vom Stadtviertel Notre-Dame aus tätig.

Über Jahrzehnte sorgte eine Art lokaler Selbstverständlichkeit für Gleichgewicht: Die Schmelzhütte Horne hält die Stadt am Leben – und die Stadt lebt damit.

Im Herbst 2019 ändert sich alles. Die lokalen Gesundheitsbehörden veröffentlichen die Ergebnisse einer Biomonitoring-Studie, die ein Jahr zuvor anhand von Nagelproben bei Kleinkindern die körperliche Belastung durch Arsen gemessen hatte. Die Jüngsten im Stadtteil Notre-Dame am Fuss der Schmelzhütte weisen eine durchschnittlich viermal höhere Arsenkonzentration auf als diejenigen der 100 Kilometer entfernten Kontrollstadt. Die Kinder, die in unmittelbarer Nähe zum Industriegelände leben, sind noch stärker betroffen: Sie weisen, wie im Fall des kleinen Ethan, bis zu 60-mal höhere Werte auf. Ein Jahr später bestätigt eine zweite Studie mit Erwachsenen desselben Stadtteils die Ergebnisse.

Hunde dürfen nicht ins Freie, Kinder schon

Die Geschäftsleitung von Horne, der einzigen Kupferschmelzhütte Kanadas, und Generalsekretär*innen der Provinz Québec sollen sich vor der Veröffentlichung der ersten Studie abgesprochen haben, um die Studienergebnisse herunterzuspielen und die öffentliche Kommunikation in Grenzen zu halten. Dies geht aus Aussagen hervor, die der französische Journalist Grégoire Osoha in seinem Buch «Atome 33»* zusammengetragen hat; 33 ist die Ordnungszahl von Arsen im Periodensystem. Die Behörden weisen die Vorwürfe zurück.

Der Auftritt der Gesundheitsbehörden, die die Studienergebnisse Seite an Seite mit Vertreter*innen

© Bibliothèque et Archives nationales du Québec

Links: Ein Schornstein der Schmelzhütte Horne überragt die Stadt Rouyn-Noranda in der Provinz Québec.
Rechts: Der Ort Noranda und die Schmelzhütte auf einer Postkarte aus dem letzten Jahrhundert.

** Osoha Grégoire, Atome 33, Editions Marchialy, 2025.*

Die Kupferschmelzhütte des Zuger Rohstoffkonzerns Glencore ist nur einen Steinwurf vom Viertel Notre-Dame (rechts) entfernt.

© Édouard Plante-Fréchette/La Presse

von Glencore vorstellen, mutet indes merkwürdig an. Die Bevölkerung erhält Tipps, um die Belastung mit dem giftigen Arsen in Grenzen zu halten: Böden und Haustiere regelmässig reinigen, den Aufenthalt der Tiere im Freien einschränken, bei Wind die Fenster geschlossen halten, Kinder vom Essen von Erde oder Sand abhalten, Sandkästen bei Nichtbenutzung bedecken. Empfehlungen, die normalerweise im Anschluss an eine grosse Umweltkatastrophe ausgesprochen werden.

Arsen erhöht das Krebsrisiko

Arsen, oft auch als Königin der Gifte bezeichnet, ist schon lange für seine hohe Toxizität bekannt. Es sammelt sich im Körper an, stört die Zellfunktionen und erhöht das Krebsrisiko. Bei Kindern wird eine längere Exposition auch mit neurologischen Entwicklungsstörungen in Verbindung gebracht.

Die Ergebnisse der Studie kommen nicht von ungefähr. Seit den 1990er-Jahren, noch vor der Ankunft von Xstrata und Glencore in Rouyn-Noranda, verzeichnen Messstationen in der Nähe der Schmelzhütte eine deutlich höhere Arsenkonzentration in der Luft als anderswo. Zwischen 1991 und 2002, während sich die Schmelzhütte zunehmend auf das Recycling von Elektroschrott spezialisiert, steigen die Luftwerte der Arsenkonzentration in Fabriknähe von weniger als 200 auf fast 1000 Nanogramm pro Kubikmeter (ng/m³). In Städten wie Montréal oder Québec liegt die durchschnittliche Konzentration bei 1 bis 2 ng/m³.

Angesichts dieser Abweichungen und zur Minimierung der Risiken empfehlen Gesundheitsfachleute der Provinz einen Jahreshöchstwert von 3 ng/m³, der in Québec inzwischen Gesetz wurde. Doch in der Stadt Rouyn-Noranda profitiert die Schmelzhütte noch immer von einem Ausnahmegrenzwert von 45 ng/m³, der 2027 auf 15 ng/m³ gesenkt werden soll. Den letzten Messungen vom 15. März 2026 zufolge liegt die durchschnittliche jährliche Arsenkonzentration in der Umgebung der Schmelzhütte bei 40,9 ng/m³ – ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.

Auf Anfrage von Public Eye erklärt Glencore, die Konzentration würde «rasch sinken, je weiter man sich von der Schmelzhütte entfernt». Zudem würde eine Biomonitoring-Studie aus den Jahren 2005 und 2006 bestätigen, dass «die Bevölkerung selbst bei Konzentrationen von fast 400 ng/m³ keiner übermässigen Arsenbelastung ausgesetzt war». In einem Schreiben von 2013, das Public Eye eingesehen hat, vertrat der Gesundheitsdirektor tatsächlich die Ansicht, dass das Risiko, im betroffenen Quartier Notre-Dame an Lungenkrebs zu erkranken, «minimal» sei, selbst nach 70 Jahren einer solchen Exposition. In Rouyn-Noranda vermag diese Einschätzung die Besorgnis kaum zu zerstreuen.

«Seit 40 Jahren bringt man uns ganz langsam um»

«Der Schock war enorm», erinnert sich Nicole Desgagnés, die seit 1981 vor Ort lebt. «Uns wurde klar, dass etwas nicht stimmte, dass wir jahrelang einer Belastung ausge-

Demonstration im März 2023 gegen den Plan, die in der Nähe der Schmelzhütte wohnende Bevölkerung umzusiedeln.

© The Canadian Press/Alamy Live News

setzt waren, ohne es zu wissen. Und vor allem, dass man unsere Kinder darin hat aufwachsen lassen.» Nach dem Schock macht sich bei der pensionierten Pflegefachfrau rasch Empörung breit: «Seit 40 Jahren bringt man uns ganz langsam um. Arsen, Blei, Kadmium: Das gesamte Periodensystem stürzt auf uns herein. Der Staat wusste davon, er erlaubte der Schmelzhütte jahrelang, die Grenzwerte zu überschreiten.»

In dieser kleinen, ruhigen Ortschaft markiert die Veröffentlichung der Studienergebnisse nicht nur einen wissenschaftlichen Wendepunkt, sondern auch eine persönliche Zäsur. Für viele Eltern geht es nun nicht mehr nur um abstrakte Zahlen, sondern um eine einschneidende Veränderung in der Wahrnehmung ihrer eigenen Umgebung. Manche sprechen von Wut. Andere von Verrat.

In Notre-Dame ist die Lebenserwartung bei Geburt gemäss offizieller Statistik fünf Jahre geringer als im restlichen Québec. Seit Jahrzehnten verzeichnet Rouyn-Noranda zudem 30 % mehr Fälle von Lungenkrebs als der Durchschnitt in Québec, wobei bislang kein direkter Zusammenhang mit Emissionen aus der Industrie hergestellt werden konnte.

Während die Daten immer weitere Kreise ziehen, weicht die Fassungslosigkeit nach und nach der Mobilisierung. In Notre-Dame schliessen sich Eltern zusammen und gründen ein Komitee namens Aret (Arrêt des rejets et émissions toxiques, Stopp den giftigen Emissionen), auch Nicole Desgagnés macht mit. Viele wollen nicht mehr bloss verstehen, sondern handeln: Rechenschaft einfordern, Garantien verlangen und eine Umweltverschmutzung sichtbar machen, die die Bewohner*innen lange zu ignorieren gelernt hatten.

Als der Journalist Grégoire Osoha einige Jahre später nach Rouyn-Noranda kommt, ist die Mobilisierung bereits fest verankert. Im bereits erwähnten Buch «Atome 33», entstanden während mehrerer Monate an der Seite der lokalen Bevölkerung, beschreibt er eine Stadt in einem permanenten Spannungsfeld, in der gesundheitliche Aspekte und wirtschaftliche Interessen sich diametral gegenüberstehen, und Glencore-Angestellte berichten, sie würden manchmal als Kindermörder beschimpft.

«Ein Teil der Bevölkerung hat ein wirtschaftliches Interesse am Erhalt der Schmelzhütte. Der andere leidet unter den gesundheitlichen Folgen», fasst es der ehemalige Kinderarzt Pierre Vincelette zusammen, der seit Anfang der 1970er-Jahre in Notre-Dame lebt.

Glencore ist im Alltag der Menschen präsent

Die Schmelzhütte spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der lokalen Wirtschaft: Sie bietet über 500 direkte Arbeitsplätze, die im Durchschnitt 23 % besser bezahlt werden als in anderen Teilen Québecs. Dazu kommen Tausende von indirekten Arbeitsplätzen und, laut Glencore, ein Beitrag von über 8 Milliarden kanadischen Dollar (4,6 Milliarden Franken) an Kanadas Bruttoinlandprodukt. «Das ist der Hebel, der sich am einfachsten betätigen lässt: die Angst, dass die Region ohne ihre Schmelzhütte zugrunde geht», sagt Grégoire Osoha. →

Die zentrale wirtschaftliche Rolle wird durch eine gut sichtbare Präsenz im Alltag der Menschen verstärkt: Glencore sponsert kulturelle Veranstaltungen, Sportanlagen und Sportvereine und schafft sich so einen Platz im Bewusstsein der Bevölkerung – ganz wie einst die Bergbaugesellschaft. Dieses Mäzenatentum festigt eine althergebrachte Überzeugung: Die Schmelzhütte in Rouyn-Noranda ist nicht nur Industrie, sondern auch Herz und Seele der Stadt.

Glencore beeinflusst die öffentliche Debatte

Angesichts der wachsenden Besorgnis streitet der Konzern den Handlungsbedarf nicht ab. 2022 verspricht er Investitionen von über einer Milliarde kanadischen Dollar, 300 Millionen davon zur Reduzierung der Arsenemissionen. Der Rest soll insbesondere zur Steigerung der Verarbeitungskapazitäten für kritische Metalle verwendet werden. Laut Grégoire Osoha versucht Glencore auch, die Debatte unter Kontrolle zu halten. Der Konzern beauftragt eigene Expert*innen, zweifelt bestimmte Vorgehensweisen des öffentlichen Gesundheitswesens an und liefert seine eigenen Kennzahlen. «Sie suchen sich ihre Wissenschaftler*innen selbst aus, genau wie die Tabakindustrie vor ihnen», kritisiert Kinderarzt Vincelette, der sich seit 2019 in der Bürger*innenbewegung engagiert. In gewissen Fällen versucht Glencore gar, an personenbezogene Daten aus den Biomonitoring-Studien zu gelangen, insbesondere an diejenigen von Kindern – offiziell heisst es, man wolle die Analysen verfeinern.

Statt das Problem zu leugnen, besteht die Strategie darin, es umzudeuten: Zweifel säen, Grenzwerte diskutieren, Zeit schinden. Der Jahresgrenzwert liegt gemäss den Vorgaben der Provinz bei 3 Nanogramm Arsen pro Kubikmeter Luft, doch Horne erhält von den Behörden schliesslich eine Ausnahmegenehmigung für 15 ng/m³, zu erreichen bis März 2027 – das entspricht dem Fünffachen des Normwerts.

Grégoire Osoha beschreibt eine «Form kalter, symbolischer Gewalt». Willie Gagnon, ein Einwohner von Rouyn-Noranda, legte 6300 Kilometer zurück, um an der Generalversammlung 2023 von Glencore im Zuger Theater Casino die Besorgnis seiner Stadt vorzubringen, erzählt Osoha. Distanziert und ungerührt unterbricht der Verwaltungsratspräsident von Glencore ihn zunächst – der Konzern habe keine Wortmeldungen auf Französisch vorgesehen. Nach einigen Minuten der Verwirrung darf der aus Kanada Angereiste schliesslich seine Botschaft überbringen. Er erhält jedoch nur eine knappe Antwort, in der auf die fortwährenden Bemühungen von Glencore zur Reduzierung seiner Emissionen sowie auf verschiedene Vorschläge hingewiesen wird, die von der lokalen Regierung geprüft werden müssten.

Glencore setzt Investitionsprogramm aus

Eine Lösung bahnt sich allmählich ihren Weg: die Schaffung einer Pufferzone zwischen Stadt und Schmelzwerk. Die Behörden wollen in Notre-Dame 82 Häuser abreissen. Davon hat Glencore bislang etwa 50 erwerben können. Offiziell geht es darum, die Exposition der nächsten Anlieger*innen zu verringern, 200 Familien sollen umziehen. Doch viele betrachten dieses Vorgehen als Vogel-Strauss-Taktik. «Man verlegt die Stadt, um Platz für das zu schaffen, was nicht verlegt werden kann», so Nicole Desgagnés. Seit die Arsen-Affäre bekannt wurde, haben die Liegenschaften an Wert verloren. Einige sind bereit zu gehen. Andere zögern, festgefahren in einer Situation, in der ein Verkauf es nicht mehr ermöglicht, auf einem angespannten Wohnungsmarkt eine neue Bleibe zu finden.

Ende 2025 berichtet die Nachrichtenagentur Reuters, dass Glencore die Schliessung der Horne-Schmelzhütte vorbereite, da die Kosten für die Einhaltung der Umweltauflagen gestiegen seien. Anfang 2026 bestätigt der Zuger Konzern, dass das 2022 angekündigte Investitionsprogramm ausgesetzt wird.

In seiner Antwort an Public Eye dementiert Glencore die Pläne zur Schliessung, weist jedoch darauf hin, dass die Konkurrenz Anlagen dieser Art in Kanada in den letzten zehn Jahren nach und nach geschlossen habe: «Während Asien diesen Industriezweig dominiert, ist der Sektor im Westen enormem Druck ausgesetzt. Diese Tatsache lässt sich weder ignorieren noch umgehen.» Das Tauziehen zwischen Rouyn-Noranda und seiner Schmelzhütte ist noch lange nicht vorbei. ■

«Uns wurde klar, dass etwas nicht stimmte, dass wir jahrelang einer Belastung ausgesetzt waren, ohne es zu wissen»: Nicole Desgagnés, pensionierte Pflegefachfrau.

© Muhammad Fadli/Panos

Eine Narbe aus Russ und Schlamm in der Landschaft: Kohlemine einer Tochter des Genfer Mercuria-Konzerns auf Borneo in Indonesien.

Konzernverantwortung: Der Gegenvorschlag klammert zentrale Hochrisikogeschäfte aus

Der Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative des Bundesrates greift zu kurz. Ausgerechnet die Rohstoffbranche als zentraler Risikosektor in der Schweiz sowie risikoreiche nachgelagerte Geschäftsaktivitäten – etwa der Einsatz hochgefährlicher Pestizide – werden ungenügend erfasst. Gemeinsam mit der Koalition für Konzernverantwortung hat Public Eye nun einen offenen Brief an den Bundesrat lanciert.

ANINA DALBERT

Anfang April hat der Bundesrat seinen Gegenvorschlag zur neuen Konzernverantwortungsinitiative präsentiert. Er orientiert sich bei der Vorlage an der EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) und der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), die 2025 überarbeitet wurden und seit Mitte März in Kraft sind. Der Bundesrat schlägt vor, dass lediglich Konzerne ab 5000 Mitarbeitenden und 1,5 Milliarden Franken Umsatz von den Sorgfaltspflichten betroffen sein sollen. Aktuell läuft die Vernehmlassung dazu. Doch unsere Analyse zeigt: Der Vorschlag des Bundesrats bleibt in vielen Fällen, in denen Schweizer Konzerne Missstände verursachen, ohne Wirkung.

Personalarme Rohstoffhändler nicht tangiert

Im in der Schweiz bedeutsamen und risikobehafteten Rohstoffsektor gibt es zahlreiche Konzerne mit sehr grossem Umsatz, aber wenig Personal, die vom bundesrätlichen Vorschlag nicht erfasst wären, obwohl sie in schwere Menschenrechtsverletzungen und Umwelt-

schäden verwickelt sind. Denn Rohstoffhändler funktionieren anders als klassische Industrieunternehmen: Sie erzielen Milliardenumsätze, steuern globale Lieferketten, finanzieren Produktion und Transport, beschäftigen aber oft nur wenige Dutzend Mitarbeitende. Das ist kein Zufall, sondern Teil des Geschäftsmodells.

Von 975 Rohstoffhändlern wären nur wenige betroffen

Ein Händler kann mit Computer, Telefon und einem vollen Adressbuch sehr viele Geschäfte gleichzeitig abwickeln und dabei einen enormen Umsatz erzielen. Wenn die Regulierung auf die Zahl der Mitarbeitenden abstellt, fallen viele dieser Unternehmen durchs Raster. Konkret wären von den rund 975 Schweizer Rohstoffhändlern wohl nur einige wenige, darunter Glencore, aktuell vom Gegenvorschlag betroffen.

Dass es sich beim Rohstoffhandel um Risikogeschäfte handelt, anerkennt auch der Bundesrat. Beleg dafür sind zudem zahlreiche Recherchen von Public Eye zur Schweizer Rohstoffbranche. Zwei Beispiele:

- Zwei Kohleminen beeinträchtigen im indonesischen Regenwald Menschen und Ökosystem. Die beteiligten Schweizer Konzerne fallen aber nicht unter den Gegenvorschlag, denn sie beschäftigen zu wenig Personal. Der Zuger Konzern IMR mit rund 4000 und Mercuria in Genf mit rund 1300 Angestellten fallen unter den Schwellenwert von 5000 Mitarbeitenden.

- Schweizer Agrarhändler kontrollieren über 550 Plantagen weltweit. Obwohl die Menschenrechte im Anbau vieler Rohstoffe häufig verletzt werden, fallen im Gegenvorschlag viele Firmen mit geringem Umsatz durch die Maschen. So könnten etwa der Palmölproduzent und -händler Socfin oder der Orangenproduzent und -händler Cutrale nicht zu Konzernverantwortung verpflichtet werden, weil sie zu wenig Umsatz erzielen.

Weil Rohstoffhändler extrem intransparent sind und komplexe Firmenstrukturen haben, drohen Branchengiganten im Gegenvorschlag durch die Maschen zu fallen. Für Aussenstehende – aber auch für die Behörden – ist sogar bei Vitol oder Cargill schwierig nachzuvollziehen, ob sie vom Gegenvorschlag betroffen wären.

Neben dem Rohstoffhandel besteht ein weiteres zentrales Problemfeld bei den Aktivitäten von Unternehmen wie Syngenta mit Sitz in der Schweiz, die der Produktion nachgelagert sind. Werden diese nicht konsequent von den Sorgfaltspflichten erfasst, bleibt ein zentraler Teil der unternehmerischen Verantwortung ungeregelt. Dies, obwohl die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die OECD-Leitsätze klar vorgeben, dass die gesamte Wertschöpfungskette geprüft werden muss.

Zu solchen Geschäften gehört der Verkauf von Produkten in Märkte mit schwacher Regulierung – mit teils gravierenden Folgen für Mensch und Umwelt. Besonders augenfällig ist dies zum Beispiel beim Export hochgefährlicher Pestizide, die in der Schweiz und in der EU verboten sind, aber weiterhin in Ländern mit unzureichendem Schutz eingesetzt werden. Dies führt immer wieder zu Vergiftungen sowie etwa zur Verschmutzung von Trinkwasser.

Ebenso problematisch sind Geschäfte mit sogenanntem Dirty Diesel. Dabei exportieren Trafigura und Vitol Treibstoffe mit hohen Schadstoffanteilen gezielt in Länder mit fehlenden oder schlecht durchgesetzten Grenzwerten und verschärfen dort Luftverschmutzung und Gesundheitsbelastungen massiv.

Die zwei Beispiele zeigen, dass auch beim Einsatz von Produkten schwere Risiken bestehen.

Rohstoffbranche erfordert spezifische Kriterien

Was braucht es also konkret für Verbesserungen? Erstens müssen die Schwellenwerte so ausgestaltet werden, dass der Rohstoffsektor tatsächlich erfasst wird – zum Beispiel mit branchenspezifischen oder risikobasierten Kriterien, die nicht allein auf die Zahl der Mitarbeitenden abstellen, so, wie es die neue Konzernverantwortungsinitiative verlangt. Zweitens müssen die Sorgfaltspflichten inhaltlich klar an den internationalen Richtlinien ausgerichtet bleiben: Die gesamte Wertschöpfungskette muss erfasst werden, sodass auch die nachgelagerten Aktivitäten betroffen sind. Drittens muss der Zugang zu Rechtsschutz gesichert sein, wenn Betroffene durch die Geschäftstätigkeit von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz geschädigt werden. Klare Haftungsnormen und prozessuale Mindeststandards sind wichtig, damit Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen geradestehen müssen.

Nimmt der Bundesrat den Rohstoffhandel faktisch aus dem Gegenvorschlag aus, lässt er einen für die Schweiz zentralen Hochrisikobereich unreguliert. In der laufenden Vernehmlassung braucht es deshalb Druck aus der Bevölkerung. Gemeinsam mit der Koalition für Konzernverantwortung haben wir einen offenen Brief an den Bundesrat lanciert. Je mehr Unterschriften, desto grösser der Druck für eine Vorlage, die echte Konzernverantwortung garantiert. ■

Jetzt echte, griffige Konzernverantwortung einfordern und offenen Brief unterschreiben:
peye.link/kvi_vn

© opak.cc

Zucker in der Babynahrung von Nestlé: Von Afrika bis Indien sorgt Public Eye mit Verbündeten für Veränderungen

Seit unsere zweite Untersuchung zum Zuckerzusatz in der Cerelac-Babynahrung im November 2025 erschienen ist, reisst die Mobilisierung auf dem afrikanischen Kontinent nicht ab. Die Empörung über die Doppelmoral von Nestlé ist gross. Zivilgesellschaftliche Organisationen pochen auf das Recht aller Babys auf eine gesunde Ernährung, «unabhängig von ihrer Nationalität oder Hautfarbe». In Indien, wo unsere Enthüllungen bereits vor zwei Jahren für Aufruhr gesorgt haben, wollen die Behörden die gesetzlichen Bestimmungen verschärfen.

GÉRALDINE VIRET

«Die Gesundheit von Babys ist nicht verhandelbar.» Das war auf T-Shirts der unermüdlichen Aktivist*innen zu lesen, die im Januar damit über einen beliebten Markt in Abidjan zogen. In der Elfenbeinküste, wo die Enthüllungen zur Babynahrung von Nestlé nach wie vor hohe Wellen werfen, hatte der ivorische Verband der Konsument*innen einen Aktionstag unter dem Motto «Null Zuckerzusatz» organisiert. Vor der Kamera des TV-Senders France24 äusserte sich eine Mutter zu den hohen Zuckermengen, die Nestlé den im Land verkauften Produkten zusetzt. Im Durchschnitt sind es mehr als 6 Gramm pro Portion, während solche Produkte in der Schweiz und in der Europäischen Union ohne Zuckerzusatz auf dem Markt sind. «Sollten wir weiterhin

© Association Ivoirienne des Consommateurs

Cerelac kaufen? Nein, das werde ich nicht mehr tun», sagte die Ivorerin empört.

Klage gegen Nestlé in Kamerun

«Der inakzeptable Skandal», titelte im Februar die Zeitung «Le Témoin» in Kamerun und berichtete über die Medien- und Justizoffensive der nationalen Bewegung der Konsument*innen. An einer Pressekonferenz in Yaoundé kündigte deren Vorsitzende an, eine Klage gegen Nestlé einzureichen, um gegen diesen «kolonialistischen Doppelstandard» vorzugehen und einen abschreckenden Präzedenzfall zu schaffen. Die Organisation forderte die Behörden zudem auf, so schnell wie möglich zu handeln, um die Gesundheit der Kinder zu schützen.

In Nigeria, dem wichtigsten afrikanischen Markt für die Nestlé-Marke Cerelac, versammelte die Konsument*innenschutzorganisation Cadef im April an einer Konferenz zur Thematik ein breites Spektrum von Akteuren: zivilgesellschaftliche Organisationen, Regulierungsbehörden, Ministerien und Fachleute aus dem Gesundheitswesen debattierten über den Zucker in der Babynahrung. Die von den Medien stark beachtete Veranstaltung, an der auch Public Eye teilnahm, markierte einen neuen Wendepunkt im Engagement für eine dringende Reform, die darauf abzielt, zugesetzten Zucker aus der Säuglingsnahrung in Nigeria zu verbannen.

Auch anderswo sorgt unsere Untersuchung weiterhin für Schlagzeilen, beispielsweise in Marokko, wo der nationale Verband der Konsument*innenorganisationen Nestlé im Mai aufgefordert hat, dieser «diskriminierenden Praxis» ein Ende zu setzen. Im Einklang mit der Weltgesundheitsorganisation, die empfiehlt, jeglichen zugesetzten Zucker aus Produkten für Babys und Kleinkinder unter drei Jahren zu verbannen, fordern zahlreiche Verbände auf dem gesamten Kontinent zudem eine transparentere Nährwertkennzeichnung sowie eine Verschärfung der Standards auf nationaler Ebene.

Steht in Indien eine Gesetzesänderung bevor?

In Indien zeigt der Aufruhr, den unsere ersten Enthüllungen im Jahr 2024 ausgelöst haben, weiterhin Wirkung. Laut offiziellen Quellen, die von der indischen Presse zitiert werden, plant die indische Behörde für Lebensmittelsicherheit (FSSAI), jeglichen zugesetzten Zucker aus Produkten für Babys im Alter von 6 bis 24 Monaten zu verbieten. Sollte diese Regelung umgesetzt werden, würde sie dazu beitragen, die Fettleibigkeit bei Kindern zu bekämpfen, die im Land zu einem grossen Problem für die öffentliche Gesundheit geworden ist.

In den letzten Monaten sah sich der Konzern mit den Küken und der Vogelmama im Logo mit einer weiteren Baustelle konfrontiert. Der Skandal um kontaminierte Säuglingsnahrung hat die Mängel in den Kontrollmechanismen des Lebensmittelriesen schonungslos offenbart. Das vorgefundene Cereulid ist ein äusserst resistenter Giftstoff, der bei Säuglingen zu Erbrechen und schwerem Durchfall führen kann. Ein neuer Fall, der den Mangel an Transparenz und Ethik bei Nestlé verdeutlicht und die Notwendigkeit unterstreicht, dass die Behörden Nestlés Tätigkeit stärker regulieren müssen. ■

Oben: In der Elfenbeinküste fordern Frauen an einem nationalen Aktionstag null Zuckerzusatz.
Rechts: Titelseite des Public Eye Magazins vom November 2025 mit der Recherche zur gezuckerten Babynahrung von Nestlé in Afrika.

© Regionalgruppe Zürich

© Regionalgruppe Basel

© Regionalgruppe Zürich

© Regionalgruppe Zentralschweiz

© Regionalgruppe Bern

Freiwillige mobilisieren für «Stopp Chiquita»

Seit April engagieren sich die zehn Regionalgruppen von Public Eye in der Deutsch- und Westschweiz mit grossem Einsatz für die Kampagne «Stopp Chiquita». Ob Filmabende, kreative Stände mit Quiz, Glücksrädern oder Dosenwerfen, Einsätze mit Bananenanhängern oder Unterschriftensammlungen: Die Regionalgruppen beleben die Kampagne und machen sie vor Ort sichtbar. Die Freiwilligen gehen auf Menschen zu, informieren, sensibilisieren und bleiben trotz der erschütternden Berichte zuversichtlich. ■

Willst du dich in einer Regionalgruppe engagieren?
Hier findest du alle Infos dazu:
publiceye.ch/regionalgruppen

Wie viele Schweizer Firmen tatsächlich bestechen

Ohne Korruption kein Geschäft? Rund die Hälfte der Schweizer Unternehmen, die Aktivitäten im Ausland haben, kommt mit Bestechung in Berührung. Eine erschreckend hohe Zahl. Moderator Nico Meier will von Professor und Korruptionsforscher Christian Hauser von der Fachhochschule Graubünden wissen: Welche Faktoren erhöhen das Risiko für Korruption? Welche Folgen hat diese für Gesellschaft und Wirtschaft? Und wo steht die Schweiz im internationalen Vergleich bei der Korruptionsbekämpfung? ■

Jetzt Podcast zur Korruption anschauen:
peye.link/korruptionsforschung

Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Ausbeutung
made in Switzerland?

Schweizer Konzerne dürfen keine Hungerlöhne zulassen. Protestiere mit uns!

stopp-chiquita.ch

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

publiceye_ch @PublicEye @publiceye.ch @publiceye_ch @publiceye.ch

Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns

Public Eye